

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

7

VII. Jahrgang

Friedrichshafen, Juli 1967

Einzelpreis 0,75 DM

25 21

Die erste Lesung der Notstandsvorlagen der Regierung Kiesinger/Brandt wurde vom Bundestag vor der Sommerpause beendet. Die Tatsache, daß die Beratung von Gesetzentwürfen, die mit derartig einschneidenden Änderungen des Grundgesetzes verbunden sind, vor einem Plenum stattfand, das nicht einmal halb besetzt war, wirft ein bezeichnendes Licht auf die mangelhafte Ernsthaftigkeit, mit der in Bonn Politik gemacht wird. Es sei denn, man meint die Ernsthaftigkeit, mit der eine kleine politische Oberschicht die „formierte Gesellschaft“ durch die Zerstörung der demokratischen Grundrechte verwirklichen will. Die Diskussionsreden, soweit man überhaupt von „Diskussion“ sprechen kann, der Notstandsexperten ließen keinen Zweifel darüber zu, daß es im Bundestag keine prinzipiellen Notstandsgegner gibt.

Daß der Sprecher der CDU/CSU die Notstandsvorlagen dem Bundestag zur Annahme empfahl, wird niemand überraschen. Die sozialdemokratischen Parteimitglieder und die Gewerkschaften werden dagegen wenig Freude daran gehabt haben, daß auch die Redner der SPD-Fraktion Lückes Vorlagen „begrüßten“ und

nur — als eine Art Pflichtübung — unwesentliche Änderungen verlangten. Auch die FDP, die, als sie noch selbst in der Regierung saß, die Notstandsvorlagen Schröders und Höcherls unterstützt hatte, erklärte sich vor dem Bundestag grundsätzlich für eine Notstandsgesetzgebung, und was sie als „Opposition“ beitrug, war nichts anderes als eine Polemik gegen die Sozialdemokratische Partei, der sie, und dies absolut mit Recht, ihre Wortbrüche gegenüber den Notstandsbeschlüssen sozialdemokratischer Parteilage und Parteikongresse vorwarf.

Widerstand jetzt verstärken

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze, deren erster Akt sich vor den Augen der Fernsehzuschauer abspielte, ist eines der erklärten Ziele der Bundesregierung. Daß sich die CDU/CSU hierbei durch die Hereinnahme von SPD-Ministern in die Koalitionsregierung die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei sicherte, hat keineswegs dazu beigetragen, den Inhalt und den reaktionären Charakter der Vorlagen zu „entschärfen“. Wie alle früheren fordert auch dieser Entwurf entscheidende Änderungen des Grundgesetzes. In einigen Bestimmungen ist er sogar noch reaktionärer und antidemokratischer.

Zwar wird versucht, durch juristische Tricks den Anschein zu erwecken, als könnten auch nach Ausrufung des Notstandes demokratische Spielregeln beibehalten werden, aber die Feststellung einer „drohenden Gefahr“, die den Mechanismus der Notstandsdictatur auslösen würde, liegt allein im Ermessen der Regierung. Wie auch in den vorhergegangenen Entwürfen wird davon ausgegangen, daß im wesentlichen die Feststellungen fragwürdiger Geheimdienste ausreichen, einen inneren oder äußeren Spannungszustand zu erklären.

Als demokratisches Feigenblatt soll im Notstandsfalle nach dem Entwurf der „gemeinsame Ausschuß“ die Funktionen von Bundestag und Bundesrat wahrnehmen. Dieses „Notparlament“ hat 33 Mitglieder und soll mit Zweidrittel-

(Fortsetzung Seite 2)

Klein Friede in Nahost	4
„Sinkende Unternehmer-Moral“	6
■ Statistik bringt es an den Tag	8
Zweite Runde bei Hanomag	10
Schlechte Koalitions-Bilanz	11
■ Stabilität durch konzertierte Aktion? ..	12
■ Rüstungspolitik In der Sackgasse	14
Sowjet-Besuch beim DGB	16
Jetzt auch Rentner-„Opfer“	18

ENTHÜLLUNG

Nicht jeder besitzt die Gabe, Unverschämtheiten aalglatt und ohne die Stimme zu heben unter die Leute zu streuen. Aber Herbert van Hüllen, Chef der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, ist ja auch nicht „jeder“.

Vor dem Deutschen Fernsehen erklärte van Hüllen am 28. Juni, befragt, wie er die tarifpolitische Situation in der Metallindustrie einschätze: Es kommt jetzt darauf an, „jede Unruhe durch Tarifveränderungen“ aus den kranken Branchen fernzuhalten. Deshalb wolle man mit der IG Metall nur über einen Lohnstopp von neun Monaten Dauer reden.

Überhaupt bringt nach van Hüllen die IG Metall „Unruhe“ in die Branchen. Um das zu glauben, muß man sich bemühen, zu vergessen, daß die Arbeitgeber seit Monaten im ganzen Lande die Effektivlöhne drücken und die über-tariflichen sozialen Leistungen durch Änderungskündigungen abbauen, und daß die IG Metall weder Lohn- noch Gehaltserhöhungen fordert, sondern nur verlangt, mit der Lohnrückerei Schluß zu machen.

Wenn also der Chef von „Gesamtmetall“ Ruhe wünscht, wird er seine eigenen Mannen zur Ordnung rufen müssen. okulus

Mehrheit des Bundestages gewählt werden. Mit einfacher Mehrheit, also mit 17 Stimmen, kann er Entscheidungen treffen, an denen unter normalen Verhältnissen 496 Bundestagsabgeordnete und 45 Bundesratsmitglieder beteiligt sind.

Auch die jetzige Notstandsvorlage gibt der Regierung das Recht zur Einschränkung und Aufhebung wesentlicher Grundrechte. So ist eine erhebliche Verlängerung der Frist von der vorläufigen Festnahme bis zur richterlichen Entscheidung vorgesehen, die in der Konsequenz nichts anderes bedeutet als die unter den Nazis übliche „Schutzhaft“ gegenüber politisch mißliebigen Personen. Die Regierung wird weiter ermächtigt, Zwangsverpflichtungen vorzunehmen und damit in der Praxis das Recht auf die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes aufzuheben. Um den, so heißt es in der Vorlage, „gesteigerten Bedarf an Arbeitskräften und Dienstleistungen im Kriegsfall“ zu decken, sollen Männer und Frauen in ihrem Beruf und an ihrem Arbeitsplatz „festgehalten“ bzw. „zu einer vorher nicht ausgeübten Tätigkeit“ dienstverpflichtet werden.

Zur Frage des Streikrechtes erklärte Innenminister Lücke zwar, daß die Maßnahmen des „inneren Notstandes“, u. a. auch der Einsatz der Bundeswehr bei Polizeiaktionen, nicht auf „Arbeitskämpfe, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ dienen, Anwendung finden sollen. Tatsächlich aber ist die Regierung nach der Vorlage ermächtigt, das Streikrecht aufzuheben und gewerkschaftliche Streikaktionen mit Polizei- und Militärgewalt niederzuschlagen, weil es ihr an Argumenten nicht fehlen wird, einen wirtschaftlichen Streik als politische Aktion zu erklären, so, wie es die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die bisher stets die Regierungsmeinung interpretiert hat, am 2. März 1967 schrieb: „Man kann nicht darum herumkommen, daß von einer bestimmten Krisentemperatur an ein größerer Arbeitskampf seiner Wirkung nach von einem politischen Streik nicht mehr recht zu unterscheiden ist.“ Nimmt man dazu die Tatsache, daß jeder Arbeitnehmer zur öffentlichen Dienstleistung verpflichtet werden kann und Wehrpflichtige außerhalb des aktiven Wehrdienstes zu zivilen Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Versorgung der Bevölkerung u. ä. herangezogen werden können, gibt es nach der Notstandsverordnung kein unbedingtes und grundgesetzlich gesichertes Streikrecht mehr.

Daß diese Notstandsvorlage kein Gesetz werden darf, wenn die Demokratie und das Koalitions- und Streikrecht erhalten bleiben sollen, bedarf keiner Frage. Alle Bürger unseres Landes, denen die demokratischen Rechte etwas bedeuten, alle Gewerk-

schafter, die die rechtliche und politische Substanz der Gewerkschaften erhalten wollen, sind dazu aufgerufen, ihren Widerstand gegen die drohenden Notstandsgesetze zu verstärken.

Es ist nicht zu erwarten, daß der Bundestag den Mut zu einer Entscheidung aufbringt wie das italienische Parlament, das nach zwölfjähriger Redeschlacht die von der italienischen Regierung geforderte Notstandsregelung auf Gesetzesvollmachten der Regierung reduzierte, welche sich nur auf den Fall von Naturkatastrophen beziehen, während solche im politischen und militärischen Bereich ausdrücklich abgelehnt wurden. Es sei denn, daß sich die außerparlamentarische Opposition zu noch stärkeren und machtvolleren Aktionen aufschwingt, die den Parteien klarmachen, daß gegen den Widerstand der breiten Masse unseres Volkes Notstandsgesetze nicht realisierbar sind.

Wirkungsvoller ist aber das Beispiel der französischen Gewerkschaften, die am 17. Mai geschlossen — die kommunistisch-sozialistische CGT ebenso wie die christliche CFDT und die sozialdemokratische FO — gegen den Gesetzesvorschlag der gaullistischen Regierung in bezug auf politische und wirtschaftliche Sondervollmachten in einen Proteststreik getreten sind, der nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung der französischen Nationalversammlung geblieben ist.

Anti-Notstandsbrochure der IG Metall

In unzähligen Veranstaltungen protestierten im Juni, unmittelbar vor der ersten Lesung der Notstandsvorlage, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Studentenverbände, Vereinigungen, Komitees und Einzelpersonen gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zur Einengung und Beseitigung demokratischer Rechte. Insbesondere auch der DGB und die IG Metall gaben Stellungnahmen ab, mit denen auf die unverändert ablehnende Haltung der Gewerkschaften zur Notstands- und Notdienst-Gesetzgebung verwiesen wurde.

Die Industriegewerkschaft Metall hat in hoher Auflage eine Broschüre herausgebracht, die in sachkundiger Weise alle Einwände und Bedenken der Gewerkschafter gegen die neue Notstandsvorlage begründet. Scharf wendet sich die Broschüre u. a. gegen die Arbeitsdienstpflicht, die durch Änderung des Artikels 12 des Grundgesetzes vorbereitet werden soll. Alle wesentlichen Bestimmungen seien so unklar, daß mit ihnen jeder Streik durch Dienstverpflichtung Streikender, durch Einsatz von Streikbrechern sowie eine Reihe anderer Maßnahmen torpediert, das Streikrecht beseitigt und die gewerkschaftliche Aktivität lahmgelegt werden könnte.

Zum Thema:

Briefwechsel

Nach Überlegungen, die sich über fünf lange Wochen hinzogen, hat der Bundeskanzler Kiesinger den Brief des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Stoph, beantwortet. Eine erstaunliche Tatsache, wenn man überlegt, daß diese Antwort an den Repräsentanten einer Regierung ging, die es nach offizieller Lesart Bonns eigentlich gar nicht gibt. Anzunehmen aber, daß mit dem jetzt begonnenen Briefwechsel der Anfang einer neuen Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik gemacht worden sei, ist irrig. Die Antwort Kiesingers ist lediglich ein Beweis dafür, daß man in Bonn, gezwungen durch die politische Entwicklung, sich dazu durchringen will, im Verkehr mit der DDR die primitivsten Regeln, die Anstand und Höflichkeit erfordern, einhalten will — nicht mehr!

Was den Inhalt des Schreibens Kiesingers betr. ft, ist er von einer erschreckenden Dürftigkeit. Ohne auf die von Stoph aufgeworfenen Fragen oder den Vorschlag einer persönlichen Aussprache mit Stoph einzugehen, wird die abgedroschene Auffassung Bonns vom Alleinvertretungsrecht und der Nichtanerkennung des anderen deutschen Staates, der DDR, wiederholt. Die bisherige intransigente Haltung der vorhergegangenen Bonner Regierungen gegenüber der DDR wird auch von der Kiesinger/Brandt-Regierung eingehalten und damit Beweis geführt, daß die Beteiligung sozialdemokratischer Minister an der Regierungsmacht keine Änderung der sterilen Deutschlandpolitik bewirken konnte.

Über 70 Prozent der Bewohner der Bundesrepublik haben nach einer Repräsentativ-Umfrage ein direktes Gespräch zwischen Kiesinger und Stoph für richtig und notwendig gehalten, und damit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie von dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung nichts halten, nicht zuletzt aus der Erkenntnis, daß aus dem Alleinvertretungsanspruch möglicherweise ein Eroberungskrieg werden könnte, der unweigerlich einen dritten Weltkrieg und damit das Ende Deutschlands bedeuten würde. Es genügt darum auch nicht, Gewaltverzichtserklärungen abzugeben, wie es von Bonn angeboten wird; die Bundesregierung kann zur Zeit keine Gewalt anwenden. Es kommt vielmehr darauf an, die politischen Ansprüche aufzugeben, dadurch, daß man die Existenz der DDR anerkennt und durch Gespräche und Verhandlungen von Regierung zu Regierung den Boden für ein normales Zusammenleben zwischen den beiden deutschen Staaten vorbereitet. Daß dabei die Gewerkschaften mithelfen könnten, beispielsweise durch die Aufnahme von Kontakten mit dem FDGB der DDR, sei hier nur am Rande vermerkt.

Brauchen wir Notstandsgesetze?

Das Grundgesetz ist für Notstandsfälle vorbereitet Weitere Regelungen zerstören demokratisches Recht

Nachdem die Bundesregierung dreimal mit ihren Gesetzentwürfen für eine Notstandsverfassung infolge des Drucks der Gewerkschaften, entschiedener demokratisch gesinnter Studenten und Wissenschaftler scheiterte, macht die neue Koalitionsregierung nun den vierten Versuch, doch noch zum Ziele zu kommen. Das Gefährliche ist zweifellos, daß diesmal die Regierung im Einvernehmen mit sozialdemokratischen Ministern handelt. Es wäre aber ein Irrtum, wollte man annehmen, daß diese neue Notstandsverfassungs-Vorlage gegenüber den vorhergegangenen „verbessert“ worden sei, weil SPD-Minister daran beteiligt waren. Die Bedrohung der Demokratie und der Freiheit ist geblieben.

Dabei gab es in der Vergangenheit in der Sozialdemokratischen Partei, auch unter den führenden Genossen, die durchaus richtige Auffassung, daß das Grundgesetz ausreichende Bestimmungen für die Behebung von Notständen enthält. Allerdings haben die Väter des Grundgesetzes, ausgehend von dem Mißbrauch des Artikel 48 der Weimarer Verfassung, bei der Formulierung des Grundgesetzes ausdrücklich darauf verzichtet, besondere Notstandsklauseln aufzunehmen, und haben dabei die Unterstützung der damaligen gesetzgebenden Körperschaft gefunden.

Alle Parteien waren seinerzeit der Meinung, daß die demokratische Ordnung in der Weimarer Republik nicht daran zugrunde gegangen war, weil man zuwenig, sondern weil man zuviel Notstandsbefugnisse der Exekutive zubilligt hatte. Sie lehnten darum spezielle Notstandsregelungen ab, um in der Bundesrepublik einer offenen oder verschleierten Machtergreifung und einer kalten Beseitigung der demokratischen Rechte des Staatsbürgers keinen Vorschub zu leisten. Aber sie gaben dem Grundgesetz eine Reihe von Bestimmungen, damit in Krisenzeiten Regierung und Verwaltung durch das Parlament genügend Befugnisse erhalten konnten, um allerlei Notständen gerecht zu werden, ohne die Ordnung des Grundgesetzes selbst zu gefährden.

Das im Grundgesetz enthaltene System von diesbezüglichen Regelungen dient vornehmlich der Sicherung der Demokratie. So ermöglichen es eine Reihe von Verfassungsbestimmungen, antidemokratische Betätigungen politischer Organisationen zu verhindern. Im Artikel 9 heißt es zum Beispiel, daß Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit der verfassungsmäßigen Ordnung zuwiderläuft oder sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, verboten werden können. Nach Artikel 21 besteht auch die Möglichkeit, politische Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, den demokratischen Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, zu verbieten. Leider ist davon bisher, soweit es sich um die rechtsradikale

NPD handelt, kein Gebrauch gemacht worden. Für verfassungsfeindliche Aktivität sieht das Grundgesetz im Artikel 18 die Aberkennung der Grundrechte durch das Bundesverfassungsgericht vor.

Außerdem enthält das Grundgesetz zur Abwendung von Krisen eine Reihe wirksamer Bestimmungen. So stellt der Artikel 81 sicher, daß der Bundestag bei einem Gesetzgebungs-Notstand die notwendigen gesetzgeberischen Aufgaben erfüllen kann, selbst wenn der Bundeskanzler für ein von ihm verlangtes Vertrauensvotum keine Mehrheit erhält.

Nach dem Grundgesetz kann die Bundesregierung zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand der demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik alle Polizeikräfte zusammenfassen. Sie kann die Polizei eines Bundeslandes, dem Gefahr droht, sowie die Polizeikräfte anderer Bundesländer ihren Weisungen unterstellen, wenn das Bundesland, dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung bereit oder in der Lage ist. Das bestimmt der Artikel 91 des Grundgesetzes. Der Polizei stehen dabei nach allgemeinem Polizeirecht alle Befugnisse zu. Sie kann, wie es beispielsweise bei der Hamburger Flutkatastrophe geschehen ist, alle Maßnahmen treffen, die auch zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich sind und unter bestimmten Voraussetzungen auch in die Rechte des einzelnen Staatsbürgers eingreifen.

Der Artikel 37 regelt den sogenannten Bundeszwang. Danach ist die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates berechtigt, ein Land, das ihm nach den Gesetzen obliegende Bundespflichten nicht erfüllt, zur Einhaltung zu zwingen und die dafür entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

Die nach 1956 in das Grundgesetz eingefügte Wehrverfassung regelt im übrigen auch den Eintritt des sogenannten Verteidigungsfalles durch Artikel 59a. Nach der Wehrverfassung sind auch Möglichkeiten vorgesehen, durch Gesetze, die der Verteidigung und dem Schutz der Zivilbevölkerung die

nen, das Recht der Freizügigkeit und die Unverletzbarkeit der Wohnung einzuschränken. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht sieht außerdem vor, daß dieses Gericht einstweilige Anordnungen treffen kann, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund zum allgemeinen Wohl notwendig ist.

In der Vergangenheit haben sich die demokratischen Regelungen des Grundgesetzes bei verschiedenen Veranlassungen durchaus bewährt. Sie gewähren dem Staatsbürger in Notstandssituationen ausreichenden Schutz, während die von der Bundesregierung zusätzlich geforderten Notstandsvollmachten, die dem Bundestag zur Zeit

Griechischer Gewerkschaftsbund isoliert

In seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) hat der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg einen Antrag auf Suspendierung der Mitgliedschaft des griechischen Gewerkschaftsbundes im IBFG gestellt. Nachdem die griechische Gewerkschaftsführung die herrschende Militärdiktatur gebilligt habe, sei eine Zusammenarbeit des IBFG mit diesem Gewerkschaftsbund unmöglich. Die Haltung der griechischen Gewerkschaftsführung widerspreche der Satzung des IBFG.

zur Entscheidung vorliegen, die Gefahr in sich bergen, Krisensituationen erst zu schaffen oder auszulösen. Das Schicksal der Weimarer Republik hat gezeigt, daß die Demokratie nie von unten, vom Volke, gefährdet wurde, sondern allein durch die Politik autoritärer und antidemokratisch eingestellter Politiker und Militärs und den hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen und politischen Machtgruppen. Dafür ist nicht zuletzt der Putsch faschistischer Generale in Griechenland ein schlagender Beweis aus jüngster Zeit.

Die Bundesregierung braucht keine neuen Notstandsgesetze. Das ist die Auffassung des DGB und der Gewerkschaften, die sich bisher mit Entschiedenheit gegen die Ausweitung von Notstandsvollmachten gewandt haben. Ohne die Zustimmung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion können keine verfassungsändernden Notstandsgesetze verwirklicht werden. Es fragt sich, ob die Bundestagsabgeordneten der SPD den Willen der Gewerkschaften niedriger einschätzen als die Forderung reaktionärer Notstandspolitiker.

Kein Friede in Nahost

Olimperialismus die tatsächliche Kriegsursache Frieden und Sicherheit nur durch Koexistenz

Der Krieg Israels gegen die arabischen Staaten hat dem Land Israel zwar einen militärischen Erfolg gebracht, aber keines der Probleme im Nahen Osten gelöst. Im Gegenteil, er hat neue und gefährlichere dazu geschaffen, und der Friede zwischen Israel und den arabischen Staaten ist weiter entfernt als je zuvor. Der militärische Konflikt war eine weitere Bestätigung dafür, daß der Krieg kein Mittel der Politik mehr ist; vielmehr hat er die politische Entschärfung der zwischen Israel und den arabischen Staaten seit der Gründung Israels bestehenden Spannungen verhindert und neuen Zündstoff geliefert.

Die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik hatte es schwer, sich ein nüchternes und objektives Bild von den Ursachen der Krise im Vorderen Orient zu machen. Die bundesdeutsche Presse, vor allem aber die Springerschen Meinungsfabriken, haben alles getan, um die Öffentlichkeit einseitig zugunsten der Israelis zu beeinflussen und Emotionen hochzuspielen, die nicht nur zu falschen, sondern zum Teil zu sehr gefährlichen Vorstellungen geführt haben. Dabei stand einer objektiven Beurteilung der Situation besonders die weitverbreitete Auffassung entgegen, Israel sei mit den Juden identisch, die von den Nazis mit grauenvollen Verbrechen verfolgt wurden. Es kam selbst in politischen Dingen sonst nüchtern urteilenden Menschen nicht zum Bewußtsein, daß mit dieser Gleichsetzung eine Nazithese vertreten wurde. Die Verfolgung der Juden in Deutschland begann ja damit, daß die Nazis der Bevölkerung die Auffassung aufdrängten, die Juden seien ein „fremdes Volk“, eine Auffassung, die durch die Geschichte widerlegt ist, denn die in Deutschland wohnenden Juden sind Deutsche, genauso, wie ein Jude in Frankreich Franzose und in England Engländer ist. Selbstverständlich kann dabei nicht übersehen werden, daß zwischen dem Staat Israel und den Juden in aller Welt enge Beziehungen bestehen. Aber die Juden in Israel sind Israelis.

War der Krieg in Nahost kein Krieg „der Juden“ gegen „die Araber“, sondern ein Krieg des Staates Israel gegen die arabischen Nachbarländer, so gibt es heute auch keinen Zweifel mehr, daß hinter diesem Krieg jene Länder standen, die in den arabischen Staaten vielfältige Ölinteressen zu vertreten haben, nämlich Großbritannien und besonders die USA. Es ist kein Geheimnis, daß die 6. amerikanische Flotte in den Krieg eingegriffen hätte, wenn es den Israelis nicht gelungen wäre, eine schnelle militärische Entscheidung zu erzwingen, und daß die USA den Sieg Israels durch die militärische Aufklärung mit ermöglichten. Es fragt sich, ob Israel das Risiko eines Krieges auch eingegangen wäre ohne die Gewißheit, daß es mit einem Eingreifen der USA rechnen konnte, wenn der militärische Erfolg ausbleiben würde.

Den USA ging es dabei keineswegs um die Juden in Israel. Es ging ihnen

vielmehr darum, die sozialrevolutionären Bewegungen in Syrien und Ägypten aufzuhalten. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die soziale Revolution auch auf die anderen arabischen Länder übergreifen wird, mit dem Erfolg, daß das Öl, der Reichtum dieser Länder — heute noch im Besitz einer kleinen, aber märchenhaft reichen Oberschicht, die mit brutaler Gewalt ihre Herrschaft aufrecht erhält — in die Verfügungsgewalt der Völker kommen wird. Das aber kann nicht im Interesse der amerikanischen und britischen Ölkonzerne liegen.

Es ist einfacher, den Ölscheichs mit Dollars und Pfunden das Öl billig abzuhandeln, als mit den Vertretern eines souveränen Volkes Geschäfte abzuschließen. Nach einer Verstaatlichung der Ölquellen würden die ausländischen Ölgesellschaften tiefer in den Beutel greifen müssen, um das Öl mit einem Preis zu bezahlen, der es den Ländern im Nahen Osten möglich macht, ihre Industrien zu entwickeln und den sozialen Standard der Bevölkerung zu verbessern. Der Krieg in Nahost war daher im Grunde ein Krieg des US-Olimperialismus gegen die sozialrevolutionären Bewegungen in den arabischen Staaten.

Das macht auch die Tatsache verständlich, daß in der Bundesrepublik jene Kreise plötzlich ihr Herz für den Staat Israel entdeckten, die an ihrem Anti-Semitismus in der Vergangenheit und Gegenwart nie einen Zweifel ließen und die den „Blitzkrieg“ Israels — schon die Bezeichnung Blitzkrieg aus dem Wortschatz der nationalsozialistischen Unmenschen ist bezeichnend genug — als Beispiel für Lösungen der Deutschlandfrage, wie sie sie verstehen, preisen. Es gehört ein besonderes Maß von Verantwortungslosigkeit dazu, so wie die Springer-Presse den Gedanken hochzuspielen, als sei es auch möglich, mit einem gleichen Aggressionskrieg die DDR durch einen militärischen Handstreich zu „befreien“, obwohl es jedem Einsichtigen klar sein muß, daß der Versuch, den Angriff Israels auf die arabischen Staaten in der deutschen Situation anzuwenden, in einem dritten Weltkrieg enden muß.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich von der allgemeinen Sympathiewelle für den Staat Israel mitreißen lassen. Es sind allerdings

zahlreiche kritische Stimmen in den Gewerkschaften laut geworden, die u. a. die Anlage von drei Millionen DM Gewerkschaftsgeldern in Israel-Bons für bedenklich halten, weil dies gewissermaßen dem Zeichnen einer Krieganleihe gleichkommt. Es ist den Gewerkschaften durchaus angemessen, Menschen zu helfen, die durch Krieg unverschuldet in Not geraten; und wenn diese drei Millionen DM, wie die „Welt der Arbeit“ schreibt, zum Wiederaufbau von Wohnungen und für die Opfer des Krieges verwendet werden sollen, wäre es richtiger gewesen, der DGB hätte den Gewerkschaften dieses Geld zur Verfügung gestellt, aber nicht nur den israelischen, sondern in gleicher Weise auch den arabischen Gewerkschaften. Es ist ja nicht zu übersehen, daß die größten und härteren Opfer vom arabischen Teil der Bevölkerung gebracht wurden. Wenn zerstörte Häuser aufgebaut werden müssen, ist dies weit aus mehr in den vom Krieg überzogenen arabischen Ländern der Fall. Der Krieg in Nahost hat einmal mehr beleuchtet, auf welch unsicherem Boden der Friede in der Welt ruht. Jeder politische Spannungszustand kann sich fast über Nacht in einen Krieg verwandeln, und — ganz gleich, an welchem Punkt der Erde das geschieht — jede kriegerische Auseinandersetzung trägt den Keim eines dritten Weltkrieges in sich.

Inzwischen ebbt die Sympathiewelle in der Weltöffentlichkeit für Israel fühlbar ab. Die Annexion des jordanischen Teiles von Jerusalem und die rücksichtslose Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus dem von Israel besetzten jordanischen Gebiet westlich des Jordans, haben die Front der Israel-Freunde merklich erschüttert. Die vernünftige Kenntnis gewinnt an Raum, daß es zu keinem Frieden im Nahen Osten kommen kann, wenn sich Israel, wie es seine militärische Führung fordert, Westjordanien, den Gaza-Streifen und die ägyptische Küste des Golfes von Akaba, einverleibt. Die Feindschaft zwischen Israel und den Arabern würde gesteigert und neue Ursachen zu neuen Kriegen würden geschaffen.

Israel muß sich auf die Ausgangspositionen zurückziehen und im Geiste der Koexistenz mit den arabischen Nachbarländern Grundlagen zu einem sicheren Frieden legen, der auch allein die Existenz des Staates Israel verbürgen kann. Ruhe im Nahen Osten wird es erst dann geben, wenn Israel darüberhinaus verzichtet, die Rolle eines Brückenkopfes des amerikanischen Olimperialismus zu spielen und wenn es statt dessen seine politischen und wirtschaftlichen Interessen mit denen der arabischen Nachbarstaaten verbindet. Das Ziel der USA, mit Nassers Sturz auch die sozialrevolutionäre Bewegung in den arabischen Staaten zu vernichten, ist dieses Mal mißlungen. Es könnte tatsächlich das Ende Israels bedeuten, wenn es sich auch weiterhin für diesen Zweck mißbrauchen läßt.

H. S.

Sicherheit vor Unternehmerwillkür

Tarifaueinwanderung mit defensivem Ziel bei Metall Es geht um die Sicherung des erreichten Standards

In der Metallindustrie der Bundesrepublik — mit Ausnahme Bayerns — besteht seit dem 1. Juli 1967 ein tarifloser Zustand. Im Unterschied zu vergangenen Zeiten hat diesmal Gesamtmetall — also die Unternehmenseite — die Tarife aufgekündigt. Sie ergänzt diesen Schritt durch einen ziellosen Angriff gegen solche bisher gewährten Einkommensteile, die über den tariflichen Rahmen hinausgehen. Die Summe dieser über tariflichen Löhne und Sozialleistungen macht nach gewerkschaftlichen Angaben z. Z. immerhin 15 bis 20 Prozent des Effektiv-einkommens der Arbeitnehmer im Metallverarbeitungsbereich aus.

Die IG Metall hat festgestellt, daß der tatsächliche Wochenverdienst in der Metallverarbeitung von 200 DM im Oktober 1966 auf 190 DM im Januar 1967 gesunken ist, obwohl dieser Lohn nach einer Tarifaufbesserung hätte bei 204 DM liegen müssen.

Die Lage ist demnach so: Die Unternehmer benutzen die Gunst der Stunde, sprich Krise, um das Geschäft mit der Angst der Arbeiter um ihren Arbeitsplatz zu machen. Allein in der Metallverarbeitung „sparen“ sie auf diese Weise wöchentlich 43 Millionen DM durch den Lohn- und Sozialabbau ein. Die Unternehmer fühlen sich angesichts des sozialreaktionären Kurses der Großen Koalition geradezu ermuntert, auf Kosten der Arbeitnehmer ihre Profite zu „stabilisieren“; und außerdem wollen sie die Arbeiter und Gewerkschaften spüren lassen, wer der Herr im Betrieb ist, um das Gefühl der Abhängigkeit zu erhöhen und den Drang zur Solidarität zu schwächen.

Um dieser Situation Herr zu werden, hat die IG Metall zwei wichtige Grundsätze verkündet:

■ Die Gewerkschaft fordert die Arbeitnehmer in den Betrieben auf, mit allem Nachdruck gegen jeden sozialen Abbau zu kämpfen, und erklärt sich damit verbunden.

■ Sie betrachtet es als vordringlich, die über tariflichen Löhne und Leistungen vertraglich anzuschließen, um dem Zugriff der Unternehmer Grenzen zu setzen.

An dieser Stelle ist der Einwand angebracht, ob nicht gerade in Anbetracht der Konjunkturlage eine effektive Lohnerhöhung notwendig wäre. Zweifellos wäre solch eine Lohnerhöhung wichtig. Im Frankfurter Sitz der IG Metall ist auch kein verantwortlicher Mann zu treffen, der diesen Wunsch nicht billigt. Zugleich wird aber der Einwand erhoben, daß der Versuch, eine effektive Lohnaufbesserung zu verwirklichen, scheitern müßte, weil das Gros der Unternehmer die Tarifierhöhung auf den bestehenden Lohn anrechnen würde. Das sei schon in großem Umfang zu Beginn des Jahres geschehen, als die Tarife um 1,9 Prozent angehoben wurden. Trotzdem

habe ein absoluter Lohnrückgang eingesetzt. Daher könne man schlecht, so sagt man bei der IG Metall, nach der Taube auf dem Dach greifen, solange der Spatz (die tarifliche Sicherung der Verdienste) nicht in der Hand sei.

Diese Argumente wiegen schwer. Und wenn man in Rechnung stellt, daß die demagogische Unternehmer-Parole: Entweder Lohnabbau oder Arbeitsplatzverlust, noch ihre Wirkung tut, dann wird man verstehen, warum die IG Metall zunächst diesen einen Schritt gehen will: einmal, um auf der Basis tariflich gesicherter Verdienste eine einheitliche Front in den Betrieben zu schaffen und zweitens, um den Vorwurf zu widerlegen, Entlassungen stünden mit Lohnerhöhungen im Zusammenhang.

Jetzt haben die bezirklichen Tarifkommissionen und die Verwaltungsstellen der IG Metall das Wort. Sie unterbreiten in diesen Tagen den Unternehmern solche Forderungen, die den regional unterschiedlichen Ver-

Neue Mieterhöhung für Altbauten

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf des Wohnungsbauministeriums gebilligt, wonach die Mietpreisfreigabe und Aufhebung des Kündigungsschutzes in neun Stadt- und Landkreisen von Ende 1967 auf Ende 1968 verschoben wird. In diesen Kreisen ist das statistische Wohnungsdefizit noch immer höher als 3 Prozent. Es handelt sich dabei um München Stadt und Land, Freiburg, Göttingen, Bonn Stadt und Land, Köln, Düsseldorf und Hamburg. Als Entschädigung für die Hausbesitzer, die nun mit ihren Kündigungen, Mieterhöhungen und Wohnungsm Manipulationen ein Jahr länger warten müssen, darf jedoch ab 1. Januar kommenden Jahres die Miete für Altbauwohnungen um 10 Prozent heraufgesetzt werden.

Das Kabinett beschloß ferner, die restlichen 22 „schwarzen“ Kreise ab 1. Juli dieses Jahres, spätestens aber bis zum 31. Dezember 1967 in „weiße“ Kreise zu überführen.

hältניים entsprechen. So fordert die Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen die Festsetzung des Ecklohns auf 3,85 DM für alle Lohnarten (jetzt Mittelwert 3,66 DM), Leistungszulagen von 5 bis 15 Prozent und Garantie für 30 Prozent eines 13. Monatslohnes. Die Unternehmer haben die Gesamthöhe dieser Forderungen auf 15 Prozent beziffert. Die Bezirksleitung Hamburg der IGM hat für ihre drei Tarifgebiete unterschiedliche Forderungen erhoben. U. a. will sie den Ecklohn um 9 Prozent erhöhen, das Urlaubsgeld für Lehrlinge auf 30 Prozent festsetzen und während der Laufzeit des Vertrages keinen Verdienst- oder Sozialabbau in den Betrieben gestatten.

Diese Tarifaueinwanderung wird von der IG Metall mit einem defensiven Ziel geführt: sie will das Bestehende sichern, ohne effektive Mehrbelastung für die Unternehmer. Man kann dem entgegenhalten, eine nominale Sicherung ist angesichts der Preissteigerungen Kaufkraftverlust. Das ist richtig. Da aber die Unternehmer die „negative Lohnpolitik“ mit Hilfe der Regierung in der „konzertierten Aktion“ praktizieren, wäre die Verwirklichung der IG-Metall-Forderung ein Sieg über die Unternehmerkonzeption und damit die Voraussetzung für eine Aktivierung der Lohnpolitik durch einheitliche Aktionen.

Es liegt allein in der Zuständigkeit der Gewerkschaft, der Tarifkommissionen und letztlich der Mitglieder, welche Forderung im Detail gestellt wird. Auch diese Forderungen können nur verwirklicht werden, wenn in allen Betrieben darum gerungen wird. Überall sollte man Beispiele wie im „Weißbuch zur Unternehmerrationalität“ aufgreifen, um die verwerfliche Handlungsweise der Unternehmer (auch in der örtlichen Presse) bekannt zu machen. Nur öffentlicher Protest kann weitere Willkür verhindern. Ein erfolgreicher Abwehrkampf wird das Selbstbewußtsein der Arbeiter stärken.

Dennoch verlangt die wirtschaftliche Situation einen echten Kaufkraftzuwachs. Selbst das bürgerliche Institut für Wirtschaftsforschung erklärte im Juni zu dem hier skizzierten Unternehmervorhaben, es könne „kaum den gewünschten Effekt“ haben, da eine Verminderung der Löhne einen Rückgang der Nachfrage und damit geringeren Absatz nach sich ziehe. Dieser Schraube weiter nachzugeben hieße, die Krise zu vertiefen. Darum sollte in dem anstehenden Tarifkonflikt vor allem die Lüge von der „Lohn-Preis-Spirale“ überwunden und der Zusammenhang von Lohn und Konjunktur populär gemacht werden. Die tarifliche Sicherung des Vorhandenen und bessere Aufklärung sind auch die Voraussetzungen für eine künftige aktive Lohnpolitik, die in betrieblichen Bewegungen ihre Hauptstütze besitzt.

H. Cz.

IG Metall veröffentlicht Weißbuch über soziale Demontage in den Betrieben — Klassenkampf der Arbeitgeber

Auf 100 Seiten legte die IG Metall jetzt ihr mit Spannung erwartetes „Weißbuch zur Unternehmer-Moral“ vor. Als eine „Sammlung von Beispielen skandalösen Arbeitgeberverhaltens“ hatte es der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, am 20. April erstmals vor Frankfurter Wirtschaftsjournalisten angekündigt. In dem Weißbuch werden 61 Firmen aller Größenordnungen namentlich genannt.

Wie Brenner in einem Vorwort schreibt, hat das Weißbuch 5 Aufgaben, nämlich:

1. die Öffentlichkeit über das Verhalten der Arbeitgeber in der gegenwärtigen Wirtschaftslage aufzuklären;
2. die Berechtigung der Forderung der IG Metall nach tariflicher Absicherung der Effektivelohn zu erhärten;
3. die verantwortlichen Politiker über weithin geübte unsoziale Praktiken zu unterrichten und ihnen Unterlagen für eine dagegen gerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik zu liefern;
4. die Arbeitnehmer in den Betrieben zur Wahrung ihrer Rechte und zur Verteidigung ihres sozialen Besitzstandes aufzufordern;
5. die Arbeitgeber zur Respektierung der Würde der arbeitenden Menschen und der geltenden Gesetze und Verträge zu veranlassen.

Nach der Logik der Arbeitgeber sei es nicht klassenkämpferisch, heißt es in dem Weißbuch, den Arbeitnehmern Teile ihres Einkommens wegzunehmen, wohl aber diese soziale Demontage in aller Öffentlichkeit anzuprangern. Nicht der Täter, sondern das Opfer solle schuldig sein. Während sich noch das Gespräch im Rahmen der konzertierten Aktion bei Bundeswirtschaftsminister Schiller um eine Begrenzung der Einkommenserhöhungen drehe, werde in den Betrieben schon längst die Einkommensminderung praktiziert. Dieses Vorgehen unterbreite die Notwendigkeit, den Spielraum willkürlicher und einseitiger Unternehmerentscheidungen durch Mitbestimmung einzuschränken.

Von Ende August 1966 bis Ende März 1967 sei die Beschäftigtenzahl in der Metallindustrie um rund 266 000 oder 6,1 Prozent zurückgegangen. Betroffen seien fast ausschließlich Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit unter den Metallarbeitern sei in der gleichen Zeit von 0,5 Prozent (16 000) auf 3,1 Prozent (99 000) gestiegen. Die Zahl der Kurzarbeiter habe im Februar einen Höhepunkt von 329 000 (7,7 Prozent) erreicht. Den harten Kern der Kurzarbeit bildeten rund 80 000 Arbeitnehmer der PKW-Industrie. Im ersten Quartal 1967 habe die durch Kurzarbeit verlorengegangene Zeit in der Metallindustrie der Leistung von ca. 60 000 Arbeitskräften entsprochen.

Eine Summierung der Einkommensverluste der Arbeitnehmer infolge der Rezession sei zur Zeit nicht möglich, allenfalls eine Schätzung für den Monat Januar 1967: im Oktober 1966 bezahlte die Metallverarbeitung im Schnitt effektiv 200 DM Wochenlohn. Nach der tariflichen Entwicklung von Lohn und Arbeitszeit hätte der Wochenverdienst im Januar 1967 rund 204 DM betragen müssen. Tatsächlich zahlten die Betriebe nur 190 DM, also 7 Prozent weniger. Das entspricht einem wöchentlichen Lohnausfall von 43 Millionen DM.

Während die Unternehmer auf die Konjunkturbelebungen warteten wie auf ein Geschenk des Himmels, trafen sie im eigenen Hause Entscheidungen, die eine solche Belebung verhinderten. Das gelte nicht nur für die Zurückhaltung bei Investitionen. Jede Entlassung, jede Kürzung von Lohn und Gehalt wirke wie ein Bumerang auf die Industrie zurück.

Anhand zahlreicher Beispiele zeigt das Weißbuch, daß Übergriffe nicht nur in Klein- und Mittelbetrieben, sondern auch in namhaften Großfirmen vorkommen. Unter dem Titel „Krankenstand und Moral“ wird über den

Nach der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, dem Bund der Steuerzahler und zahlreichen Politikern der CDU/CSU, wie auch der Bundesbank, hat nun auch der Verband der privaten Rentenversicherungen eine Kürzung der Sozialrenten vorgeschlagen. Nach seinen Vorschlägen sollen bis 1971 bis zu 19 Milliarden DM auf Kosten der Rentner eingespart werden. Dabei geht es dem Verband der Privatversicherungen u. a. darum, das Vermögen der Rentenversicherung zu erhalten, das von diesen Kreisen als zusätzliche Manövriermasse für den Kapitalmarkt und den Bundeshaushalt betrachtet wird.

Das Vermögen der privaten Versicherungen jedoch hatte Ende 1966 mit 33,2 Milliarden DM einen um genau 5,5 Milliarden DM größeren Betrag erreicht als das der gesetzlichen Rentenversicherung. Was würden die Versicherungsunternehmen wohl zu dem Vorschlag sagen, ihre Vermögensmasse zum Ausgleich des Bundeshaushaltes heranzuziehen und dafür die nicht unbedeutenden Gewinne zu kürzen? —pp—

mit der Zunahme der Beschäftigungsschwierigkeiten einhergehenden plötzlichen Rückgang der Krankenstände berichtet und über die Pressionen, denen kranke Arbeitnehmer häufig ausgesetzt sind. In dem Dokumententeil des Weißbuches werden den Beispielen sinkender Unternehmermoral die wohlklingenden Grundsatzklärungen der Arbeitgeberverbände gegenübergestellt. MPD

Kampfansage der Arbeitgeber

Die Unternehmer sind entschlossen, die in der konzertierten Aktion erzielten zusätzlichen materiellen Vorteile nicht mehr preiszugeben. Um kundzutun, daß für sie die Herstellung einer sogenannten „sozialen Symmetrie“ weder jetzt noch später in Frage kommt, haben die wichtigsten Arbeitgeberverbände jetzt an ihre Vorstands- und Tarifkommissionsmitglieder ein Schreiben geschickt, in dem die „unverzichtbaren Grundsätze“ ihrer Sozial- und Tarifpolitik fixiert sind.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Taake hat den Wortlaut dieser „Grundsätze“ jetzt der Öffentlichkeit bekanntgegeben:

- „Keine Abstellung des persönlichen Geltungsbereiches auf Mitglieder der Gewerkschaft;
- keine Vereinbarung von Effektivklauseln in Tarifverträgen;
- keine Vereinbarung von Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten,

die über die Grundsätze des Betr.-VerfG hinausgehen;

- kein besonderer Kündigungsschutz für frühere Betriebsratsmitglieder und Betriebsratskandidaten;
- Beibehaltung der Lohngruppen für leichte Hilfsarbeit;
- Aufrechterhaltung des Begriffes „Normalleistung“ bei Akkordarbeiten im Sinne der bisherigen Festlegung nach Refa-Grundsätzen;
- keine tariflichen Vereinbarungen von Klauseln, welche die Möglichkeit verhindern, den Geldfaktor bei überhöhten Akkordzeiten zu ändern;
- keine tarifliche Festlegung einer Weihnachtsgratifikation oder eines 13. Monatsgehaltes;
- kein absoluter Kündigungsschutz aus Anlaß von Rationalisierungsmaßnahmen;
- keine Vereinbarung über Bildungsurlaub.“

Stahl-Tarifkonflikt verschärft sich

IG Metall mußte Verhandlung für gescheitert erklären Konzerne wollen Lohnsenkung und weitere Entlassung

Die Tarifausschließung in der Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen hat sich verschärft. Angesichts der provokatorischen Lohnstopp-Konzeption der Stahlkonzerne und der vom Unternehmerverband für die eisen-schaffende Industrie verfolgten Hinhaltetaktik blieb der Große Tarifkommission der IG Metall nach monatelangen ergebnislosen Lohngesprächen kein anderer Ausweg, als die Tarifverhandlungen für gescheitert zu erklären.

Bei allen Tarifgesprächen hatte die Gewerkschaft stets nur ein einziges Ziel angestrebt: durch eine kostenneutrale Lohnpolitik für die 210 000 Arbeiter und Angestellten eine Absicherung der Verdienste zu erreichen. Die IG Metall hat damit nur einmal mehr ihre tarifpolitische Zurückhaltung unter Beweis gestellt, die auf der Bereitschaft basiert, alles zu vermeiden, was den Betrieben der Stahlindustrie zusätzliche wirtschaftliche Schwierigkeiten bereiten könnte. Diese Rücksichtnahme muß um so höher bewertet werden, da es ausschließlich die Arbeiter und Angestellten waren, die Möglichkeit bestand, die in den Jahren 1965 und 1966 eingetretenen Kaufkraftverluste zu kompensieren.

Anhaltende Feierschichten, Kurzarbeit bis zu 30 Wochenstunden und betriebliche Umsetzungen, aber auch der Abbau der Löhne, Prämien und Sozialleistungen, bewirkten, daß sich die Arbeitnehmerinkommen um durchschnittlich 10 Prozent verringerten. Hinzu kam noch der Anstieg der Lebenshaltungskosten, durch den sich der Reallohn allein im Jahre 1966 nochmals um 4 Prozent reduzierte. Diese Entwicklung traf die Arbeiter und Angestellten der Stahlindustrie um so schwerer, weil ihre Löhne und Gehälter zuletzt am 1. Februar 1965 erhöht wurden und folglich keine Möglichkeit bestand, wenigstens die in den Jahren 1965 und 1966 eingetretenen Kaufkraftverluste zu kompensieren.

Bei dieser Sachlage hätte man eigentlich annehmen sollen, daß die Stahlindustriellen zumindest in der Frage der Verdienstsicherung Entgegenkommen zeigen würden. Insbesondere auch deshalb, weil die Aktionäre in ihrer Gesamtheit bisher von der Stahlflaute kaum betroffen wurden und einige von ihnen jetzt erst mit Dividendenkürzungen rechnen müssen. Sie konnten bislang ungeschmälert die Gewinne aus den Produktivitäts- und Rationalisierungsfortschritten sowie aus dem Rückgang der Einsatzkosten einstecken. Das und die Tatsache, daß den Arbeitnehmern Lohn- und Gehaltserhöhungen vorenthalten wurden, gestaltete den Stahlkonzernen noch für das Geschäftsjahr 1965/66 Dividenden zwischen 6 und 14 Prozent.

Die tarifpolitische Konzeption der Stahlindustrie steht in krassem Widerspruch zu den Ergebnissen der letz-

ten Gespräche im Bonner Wirtschaftsministerium, wonach „eine negative Lohnpolitik den notwendigen Wirtschaftsaufschwung behindert und damit den Interessen aller Beteiligten widerspricht“. Gerade das Beispiel der Stahlindustrie zeigt, daß eine lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaft nicht den geringsten Einfluß auf die Beschäftigungssituation hat. So wurden allein im letzten Jahr rund 22 000 Stahlarbeiter oder 10 Prozent der Gesamtbelegschaft entlassen, ohne daß eine Lohnbewegung stattgefunden hätte.

Typisch für die Situation in der Stahlindustrie ist die Entwicklung im Bereich Bochums. Die Stahlwerke Bochum haben binnen Jahresfrist ihre Belegschaft von 5736 auf 3692 Mann reduziert. Neue Entlassungen hat auch der Bochumer Verein angekündigt, wo nochmals 1600 Arbeiter freigesetzt werden sollen. Insgesamt plant die Stahlindustrie die Entlassung von rund 30 000 Mann. Diese neue Entlassungswelle basiert vor allem auf der Errichtung der vier Walzstahlkontore und hat mit den gegenwärtigen oder künftigen gewerkschaftlichen Forderungen nichts zu tun.

Für die nun eingetretene Verschärfung der Tarifsituation trägt allein der Unternehmerverband Eisen und Stahl die volle Verantwortung. Sollte ein möglicher freiwilliger Schlichtungsversuch an der Lohnstopp-Konzeption der Konzerngewaltigen scheitern, kann die IG Metall jederzeit Kampfmaßnahmen einleiten. Betriebsfunktionäre, Bezirksleitungen und die Große Tarifkommission werden entscheiden, mit welchen gewerkschaftlichen Mitteln die berechtigte Forderung nach einer Absicherung der Arbeitnehmerinkommen durchgesetzt werden soll.

G. B.

Brenner: Strukturwandel besser beobachten

Auf dem Kongreß des Rationalisierungskuratoriums der Wirtschaft in Bad Godesberg forderte der IG-Metall-Vorsitzende, Otto Brenner, als weitere Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung die Aufstellung eines zweiten Eventualhaushalts und die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer um zehn Prozent. Die Hartnäckigkeit der Krise, in deren Verlauf den Verantwortlichen der Versuch gelungen sei, die Fehler

der Wirtschaftspolitik auf den Rücken der Arbeitnehmer zu korrigieren, habe nicht nur konjunkturelle Hintergründe. Vielmehr werde sie durch eine gleichzeitige Häufung sektoraler und regionaler Krisen mitverursacht.

Brenner forderte in diesem Zusammenhang die Bildung einer „Deutschen Kommission für technischen und strukturellen Wandel“, um besser eine automationsgerechte Konjunkturpolitik betreiben zu können. Während 1966 in 26 Branchen die Beschäftigung — trotz in der Regel wachsender Produktion — bereits geringer gewesen sei als 1961, habe es gleichzeitig nur noch 13 Industriezweige mit stärker wachsenden Beschäftigungszahlen gegeben. Um den Beschäftigtenabbau zu verlangsamen, seien in den Wachstumsindustrien bereits extrem hohe Wachstumsraten notwendig.

Der IG Metall-Vorsitzende unterstrich ausdrücklich auch die Bedeutung der Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften. Die Mitbestimmung müsse auf alle Großunternehmen mit mindestens 150 Millionen DM Jahresumsatz, 75 Millionen DM Aktienkapital und 2000 Beschäftigten ausgedehnt statt ausgehöhlt werden.

Sinkende Getreidepreise — aber Brot bleibt teuer

Auf Grund der am 1. Juli 1967 erfolgten Verwirklichung des gemeinsamen EWG-Marktes bei Getreide sind für Weizen und Gerste die Preise um rund zehn Prozent gesenkt worden. Nach Mitteilung des Bundesernährungsministeriums würde dadurch eine Senkung auch bei Verbraucherpreisen möglich, u. zw. hauptsächlich für Mehl, Brot, Brötchen und andere Getreideerzeugnisse, aber auch für Schweinefleisch, Geflügel und Eier. Das Ministerium ist jedoch skeptisch und glaubt nur an eine „deutliche Verzögerung“ bei der Weitergabe der Preisermäßigungen an den Verbraucher.

Tatsächlich ist jedoch mit einer Verbilligung der genannten Erzeugnisse nicht zu rechnen. Vielmehr werden die großen Importunternehmen und der Großhandel, wie die Erfahrung lehrt, die billigeren Einkaufsmöglichkeiten als willkommene Erweiterung ihrer Profitspanne begrüßen. Andererseits wird mit gleicher Absicht jede passende, aber auch unpassende Gelegenheit zu Preiserhöhungen genutzt, wie es jetzt wieder die Mineralölgesellschaften mit der Erhöhung der Benzin- und Heizölpreise praktizieren. Obwohl die Bundesregierung auf dem Höhepunkt des Nahost-Konflikts erklärt hatte, die Ölvorräte reichten für neun Monate, müssen Lieferboykott und gestiegene Frachtraten schon heute — nach vier Wochen — als Gründe für den Preisauftrieb herhalten.

Statistik bringt es an den Tag

Löhne der Arbeiter in wenigen Monaten spürbar gesunken Bezieher mittlerer Einkommen mit niedrigem Standard

Wenn heute die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften die Tarifierung der Effektivverdienste fordern, wenn sie sich gegen den sozialen Abbau wehren, wenn sie angesichts steigender Preise und nach wie vor hoher Profite eine Erhöhung ihrer Löhne fordern, dann werden sie von den Unternehmern und ihren Gazetten der Maßlosigkeit bezichtigt. Jeder Arbeiter und Angestellte weiß, wie ungerechtfertigt diese Unternehmerargumentation ist. Jetzt hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden Statistiken veröffentlicht, die ein Schlag in das Gesicht der Unternehmerverbände sind.

Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 1966 das Budget eines durchschnittlichen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes veröffentlicht. Bei diesen 4-Personen-Haushalten handelt es sich um Ehepaare mit zwei Kindern, wovon mindestens eines unter 15 Jahren sein muß. Diese Haushalte befinden sich in Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern.

Es müssen allerdings gegen die Erhebungsmethode beträchtliche Einwände geltend gemacht werden. So beträgt die Anzahl der erfaßten Haushalte im Monatsdurchschnitt nur 385. Dadurch kann sich selbstverständlich kein repräsentatives Bild über die Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik ergeben.

beit betrug brutto 1061,61 DM, davon verdiente allein der Haushaltsvorstand 1044,68 DM. Diesem Haushalt verbleibt nach Abzug der Einkommen- und Vermögenssteuer und der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ein Netto-Einkommen von 1014,82 DM.

Obwohl also das hier zugrunde liegende Einkommen weitaus höher ist als das, das einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie zur Verfügung steht, ist es interessant, zu untersuchen, wie diese Familien mit langlebigen Gebrauchsgütern ausgestattet sind. Die amtliche Statistik stellt fest, daß selbst in dieser Einkommenskategorie von über 1000 DM netto in bezug auf die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern keineswegs von einem Wohlstand gesprochen werden kann.

Haushalte, die über keine langlebigen Gebrauchsgüter verfügen

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes. (Stand: Dezember 1966)

Gebrauchsgüter	Haushalte, die diese nicht besitzen in %	Gebrauchsgüter	Haushalte, die diese nicht besitzen in %
Geschirrspülmaschinen	98,9	Musikschrank bzw. -truhe	79,7
Schmalfilmkamera	98,4	Dia-Projektor	80,3
Schmalfilmprojektor	97,6	Küchenmaschine (elektr.)	74,8
Motorrad	96,8	Nähmaschine (elektr.)	70,4
Heimbüglern	96,5	Personenkraftwagen	63,5
Grill (elektr.)	96,0	Waschmaschine	61,1
Tiefkühltruhe	96,0	Plattenspieler	58,7
Moped	90,4	Nähmaschine	58,1
Telefon	88,5	Wäscheschleuder (elektr.)	54,9
Waschkombination	88,0	Handrührer od. Mixer (elektr.)	52,0
Kaffeemühle (elektr.)	85,6	Fahrrad	29,3
Kaffeemaschinen (elektr.)	82,7	Fernsehgeräte	25,1
Tonbandgerät	81,1	Radio	12,5
Waschautomat	81,1	Staubsauger	7,7

(Berechnet nach Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1967, S. 326 f.)

Als mittleres Arbeitseinkommen wird ein Bruttobetrag zwischen 750 und 1150 DM zugrunde gelegt. Die im Berichtszeitraum untersuchten Haushalte hatten ein Einkommen, das sogar über der oberen Grenze von 1150 DM lag. Sie sind daher gar nicht mehr als mittlere Einkommen anzusehen. Das Einkommen aus unselbständiger Ar-

Diese langlebigen Gebrauchsgüter können nur dann in erhöhtem Umfang gekauft werden, wenn die Einkommen der Arbeiter und Angestellten beträchtlich steigen. Davon kann aber gegenwärtig keine Rede sein. Die effektiven Verdienste der Arbeiter sind rückläufig.

Während die Bruttowochenverdienste erstmals von Juli 1966 bis Oktober 1966 um 0,9 Prozent sanken, hat sich dieser Abwärtstrend in der darauffolgenden Periode noch verstärkt. Jetzt liegen die statistischen Angaben über die Bruttowochenverdienste in der Industrie vom Januar 1967 vor:

Bei männlichen Arbeitern gingen sie von Oktober 1966 bis Januar 1967 von 218 auf 207 DM oder um 5 v. H. und bei den Arbeiterinnen von 139 DM auf 134 DM oder um 3,6 v. H. zurück. Da aber die Preise in diesem Zeitraum weiterhin anstiegen, sind die Real-löhne beträchtlich gesunken. Dieser Trend hat sich zweifellos in den letzten Monaten fortgesetzt. Dazu kommt noch der Abbau betrieblicher sozialer Leistungen, die sich in den Wochenverdiensten nicht niederschlagen:

Arbeiterverdienste in der Industrie im Januar 1967

Bruttostundenverdienste in DM	Bruttowochenverdienste in DM
männliche Arbeiter	
4,93	207
weibliche Arbeiter	
3,42	134
alle Arbeiter	
4,62	191

(Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1967, Seite 324 f.)

Während in drei Monaten der durchschnittliche Rückgang der Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter 5 Prozent betrug, lag er in einigen Industriezweigen erheblich über diesem Durchschnitt:

Industriezweige	Abnahme in %
Schuhindustrie	6,0
Lederverarbeitende Industrie	6,1
Erzbergbau	6,2
Stahl- und Leichtmetallbau	6,6
Hoch- und Tiefbau	7,1
Holzverarbeitende Industrie	7,2
Nahrungs- u. Genussmittelind.	7,6
Gummi- u. asbestverarbeitende Industrie	8,8
Straßenfahrzeugbau	9,8
Industrie d. Steine u. Erden	10,8

(Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1967, Seite 361 *)

Der Rückgang der Bruttowochenverdienste trat vor allem dadurch auf, daß die bezahlten Wochenstunden beträchtlich abnahmen. Aus dem hier Dargelegten ergibt sich, daß die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften nicht nur berechtigt, sondern sogar eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sind. Nur wenn die Löhne und Gehälter auch effektiv bald wieder steigen, ist es möglich, die Konjunktur rasch zu beleben. Dr. Tu.

Wie das Volkseinkommen verteilt wird: Weniger Selbständige erhalten mehr — mehr Arbeitnehmer erhalten weniger

Die IG Chemie-Papier-Keramik konnte jetzt in der Glasindustrie den ersten Rationalisierungsvertrag in den von ihr betreuten Branchen abschließen. Im Falle von technologischen Maßnahmen werden den Arbeitnehmern durch Tarifvertrag größere soziale Sicherheit und wesentliche Übergangshilfen gewährt.

Dieser erste Rationalisierungsvertrag wurde für die Beschäftigten der Deutschen Libby-Owens AG (DELOG), Gelsenkirchen, abgeschlossen. Dem Vertragswerk kommt große Bedeutung zu; es wird Beispiele setzen für weitere Tarifabschlüsse. In anderen Bereichen der Glasindustrie wird über weitere Verträge dieser Art zur Zeit verhandelt.

Wenn technologische Maßnahmen (zum Beispiel durch Änderung der bisherigen Produktions- und Arbeitstechnik) zu Umsetzung, Umschulung und zu einem Minderverdienst führen, so wird eine Verdienstgarantie für sechs Monate gewährt. Ist die Umsetzung im Betrieb mit einer Umschulung verbunden, hat der Arbeitgeber dafür die Kosten zu tragen. Weiter wurde vereinbart, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen jeweils im Verdienstausgleich zu berücksichtigen sind, auch dann, wenn ein Arbeitnehmer aus gesundheitlichen oder Altersgründen auf einen anderen Platz umgesetzt wird.

Die Kündigungsfrist beträgt vom 30. Lebensjahr an, je nach Betriebszugehörigkeit, zwischen drei und sechs Monaten. Gehört ein Arbeitnehmer dem Betrieb 20 Jahre an, so kann ihm, wie es im Vertrag heißt, „aus technologischen Gründen . . . grundsätzlich nur noch aus wichtigem Grunde gekündigt werden“. Ist für einen solchen Arbeiter nach Feststellung der Betriebsparteien kein Arbeitsplatz im Betriebe zu finden, so beträgt die Kündigungsfrist für ihn zwölf Monate. Daneben ist eine Abfindung von zwölf Monats-einkommen zu gewähren.

Der Rationalisierungsvertrag, dem angesichts von Automation und wirtschaftlicher Lage große Bedeutung zukommt, legt weiter fest, daß Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben und eine Betriebszugehörigkeit von 15 Jahren und mehr aufweisen, am neuen Arbeitsplatz mindestens 90 Prozent ihres bisherigen Verdienstes erhalten müssen. pd

Tarifloser Zustand in West-Berliner Chemie beendet

Für die 12 000 Beschäftigten in der chemischen Industrie West-Berlins konnte zunächst einmal ist das Volkseinkommen nicht mit dem Bruttosozialprodukt (der Summe aller im Laufe eines Jahres erzeugten Werte und vollzogenen Leistungen) gleichzusetzen. Im Jahre 1966 betrug das Volkseinkom-

men 75,8 Prozent vom Bruttosozialprodukt. Der Rest wurde durch indirekte Steuern und Wertabschreibungen „verzehrt“. Setzt man dieses sogenannte Volkseinkommen gleich 100 Prozent, so hatten die Arbeitnehmer daran 1966 einen Anteil von 67,1 Prozent; 1950 waren es 60,8 Prozent gewesen. Die Funktionäre der Unternehmensverbände verweisen auf diese „Steigerung“ des Anteils um 6,3 Prozent, um zu beweisen, wie die Arbeitnehmer-

men 75,8 Prozent vom Bruttosozialprodukt. Der Rest wurde durch indirekte Steuern und Wertabschreibungen „verzehrt“. Setzt man dieses sogenannte Volkseinkommen gleich 100 Prozent, so hatten die Arbeitnehmer daran 1966 einen Anteil von 67,1 Prozent; 1950 waren es 60,8 Prozent gewesen. Die Funktionäre der Unternehmensverbände verweisen auf diese „Steigerung“ des Anteils um 6,3 Prozent, um zu beweisen, wie die Arbeitnehmer-

die IG Chemie-Papier-Keramik in einem Vertrag mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie nunmehr auch die Lohn- und Gehaltstarife um die gleichen Beträge erhöhen, wie sie für die Beschäftigten in der chemischen Industrie der Bundesrepublik schon Anfang des Jahres vereinbart worden waren. Mit Wirkung vom 22. Juni 1967 traten die neuen Tarifvereinbarungen in Kraft, die in zwei Stufen die Tariflöhne und -gehälter erhöhen. Rückwirkend ab 1. April wurden die Löhne um 9 bis 11 Pfennig erhöht. Ab 1. August erfolgt eine weitere Anhebung um 3 Pfennig. Die Tarifgehälter der Angestellten erhöhen sich um 3 bzw. 1 Prozent.

Mit diesen tarifvertraglichen Vereinbarungen konnte das erhebliche Verdienstgefälle gegenüber der Gesamtindustrie West-Berlins und der chemischen Industrie im Bundesgebiet gestoppt werden. Bekanntlich hatte die IG Chemie die Beseitigung dieses Verdienstgefälles durch Angleichung der Berliner Löhne und Gehälter an die Bundesrepublik in einem angemessenen Zeitraum gefordert. Jetzt wurde von beiden Tarifparteien in den Text des Tarifvertrages die folgende verpflichtende Formulierung aufgenommen: „Die Parteien verpflichten sich, während der Laufdauer der abzuschließenden Lohn- und Gehaltstarifverträge über eine mögliche Angleichung der Berliner Löhne und Gehälter an diejenigen der Bundesrepublik zu verhandeln.“

Die neuen Verträge haben eine Laufdauer bis zum 29. Februar 1968, einkommen auf Kosten der Einkünfte der Selbständigen expandiert hätten. Doch die nackten Prozente trügen.

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte und Be-

amte) ist von 13,5 Millionen im Jahre 1950 auf 24,2 Millionen im Jahre 1966 gestiegen. Dagegen hat sich die Zahl der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen von 6,44 Millionen 1950 auf nur noch 2,9 Millionen im Jahre 1966 verringert. Das heißt, während 1950 genau 29,1 Prozent der Beschäftigten (Selbständige) einen Anteil am Volkseinkommen von 39,2 Prozent hatten und 70,9 Prozent (Unselbständige) die übrigen 60,8 Prozent erhielten, hatte sich die Relation bis 1966 wie folgt verschoben: Die auf 11,4 Prozent zurückgegangene Zahl der Selbständigen kassierte 32,9 Prozent des Volkseinkommens, und die auf 88,6 Prozent der Beschäftigten angewachsenen Unselbständigen teilten sich in einen Anteil von 67,1 Prozent.

Diese Aufschlüsselung zeigt also, daß der Anteil des einzelnen Arbeitnehmers geringer geworden ist, obwohl sich der Anteil aller zusammen erhöht hat. Denn 1966 war der Anteil am Volkseinkommen bei einer fast doppelt so großen Arbeitnehmerzahl wie 1950 nur um rund 6 Prozent höher. Dagegen teilte sich eine um rund 60 Prozent verminderte Anzahl von Selbständigen einen nur um 6 Prozent verminderten Anteil.

Das bemerkenswerte dabei ist, daß die Arbeitnehmerereinkommen in diesen 16 Jahren spürbar gestiegen sind und die Verminderung des Anteils am volkswirtschaftlichen Ergebnis den einzelnen nicht so recht bewußt werden ließen. Aber die Einkommen der Selbständigen sind eben kräftiger gestiegen als die der Unselbständigen! Im Jahre 1950 betrug das Bruttosozialprodukt 97,9 Milliarden DM; 1966 waren es 478,4 Milliarden. So konnte man den Arbeitern und Angestellten spürbar höhere Einkommen gestatten, ohne daß sie spürten, wie sie trotzdem einen immer kleineren Anteil am Ganzen erhielten.

In der Entschleierung dieser Zusammenhänge wird das Geheimnis der unvorstellbaren Bereicherung der Unternehmerschaft, vor allem der großen Monopol- und Bankunternehmen, erkennbar. Es offenbar zugleich, warum die Gewerkschaften in ihrem Grundsatzprogramm nicht nur eine gerechte Vermögensverteilung, sondern auch die Umverteilung der bereits gebildeten Vermögen verlangen und wie berechtigt diese Forderung ist. -ie-

Die zweite Runde bei Hanomag

**Jetzt Änderungskündigung der Betriebsvereinbarung
Direktion will die soziale Uhr zurückdrehen**

Der Kampf der Hanomag-Belegschaften in Hannover und Bremen gegen die unsozialen Demontagepläne der Rheinstahl-Konzernleitung ist nur in der ersten Runde gewonnen worden. Die zweite Runde wurde von der Geschäftsleitung der Rheinstahl Hanomag AG, Hannover, mit der Ankündigung eingeleitet, sie werde die Betriebsvereinbarungen über die übertariflichen materiellen Leistungen jetzt kündigen, um die durch mehrtägigen Streik abgewendeten Kürzungen nunmehr doch noch teilweise zu verwirklichen.

Bekanntlich war die Auseinandersetzung im Mai (siehe NACHRICHTEN Juni 1967) mit dem Kompromiß beendet worden, daß die Hanomag-Direktion zunächst ihre Lohn- und Gehaltskürzungsabsichten in Höhe von 5 bis 6 Prozent zurückstellt und die Vorschläge einer Kommission abwartet, die Sparmaßnahmen prüfen soll. In diese Kommission waren auch Betriebsratsmitglieder aufgenommen worden. Unsere im Juni-Heft der NACHRICHTEN angemeldeten Bedenken, daß die Mitarbeit von Belegschaftsvertretern in der Kommission nur Illusionen unter den Hanomag-Arbeitern erwecken würde und daß den Gewerkschaften kaum genügend Einblick in die Geschäftspapiere gewährt werde, um richtig und verantwortungsvoll entscheiden zu können, haben sich leider bestätigt:

Die Vorschläge der Sparkommission zielen wieder in genau die gleiche Richtung, nämlich Einsparungen auf Kosten des sozialen Standards der Arbeiter und Angestellten von Hanomag vorzunehmen. So sollen 1967 u. a. das Weihnachtsgeld (bis auf die Zahlungen an Witwen, Rentner und Waisen) und die Treueprämie entfallen. Auf diese Weise sollen 2,5 Millionen DM eingespart werden.

Die Geschäftsleitung hat offenbar nach den beispielhaften Abwehraktionen im Mai spekuliert, daß ihr der soziale Abbau leichter fallen werde, wenn sie das gleiche Ziel mit Beteiligung von Betriebsratsmitgliedern anstrebt, was zudem noch den Anschein von „Mitbestimmung“ erweckt. Mitbestimmung allerdings nicht in den Fragen, wie eine stabile Beschäftigungslage durch richtiges Wirtschaften, Planen und Investieren zu erreichen sei, sondern Mitbestimmung dabei, wie die Folgen unternehmerischer Alleinherrschaft, wie der Verlust auf die Masse der Belegschaftsmitglieder abgewälzt werden kann. Auf diese Art „Mitbestimmung“ sollten Gewerkschafter pfeifen! Sie ist nicht die im DGB-Grundsatzprogramm gemeinte. Gegen jede Art Gefährdung des sozialen Besitzstandes der Arbeitnehmer kann es nur harten Widerstand geben.

Natürlich können Gewerkschafter gegenüber wirtschaftlichen Realitäten nicht die Augen verschließen. Es geht nicht um revoluzzerhaften Kampf um jeden Preis. Aber wie sind die Realitäten bei Rheinstahl-Hanomag?

Erst nachdem der Beschluß der Sparkommission, die genannten Streichungen zu empfehlen, gefaßt war, gab der Rheinstahl-Konzern die Bilanzen zur Veröffentlichung frei. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der gesamte Konzern, zu dem ja auch Hanomag gehört, im vergangenen Jahr mit einer um 12,5 Prozent (!) reduzierten Belegschaft ein Umsatzergebnis erreicht hat, das nur um 1,4 Prozent hinter dem Rekordjahr 1965 zurückgeblieben ist. Das bedeutet eine Einsparung an der Lohnquote von über 10 Prozent in einem Jahr!

Bei Hanomag, so steht es im Geschäftsbericht, ist 1966, nachdem alle Rücklagen getätigt wurden, ein „Verlust“ von 4,4 Millionen DM entstanden, der aber auf die nunmehr abgeschlossenen Entwicklungsarbeiten an dem neuen Lkw-Programm zurückzuführen ist. Wie Rheinstahl-Chef Söhngen mitteilte, betrug der einmalige Investitionsaufwand bei Hanomag in diesem Zusammenhang 1966 52 Millionen DM. Die neuen Lkw-Typen seien inzwischen „hervorragend auf dem Markt angekommen“.

Resümieren wir einmal: Weil Hanomag sich den Investitionsbauch bei der Entwicklung der neuen Lkws etwas zu voll geschlagen hatte, entstand der buchmäßige „Verlust“ von 4,4 Millionen DM. Weil man auch diese 4,4 Millionen DM noch einstecken wollte, wurde das Kürzungsprogramm von 4,5 Millionen DM ausgearbeitet, das im Mai die Hanomag-Arbeiter auf die Barrikaden trieb. 1967 aber bleiben die 52 Millionen DM Entwicklungskosten des Vorjahres hübsch in der

Kasse, denn die Lkws sind gut auf dem Markt angekommen. Der „Verlust“ des Vorjahres wird also in diesem Jahre allein durch die nicht erforderlichen Entwicklungskosten mehrmals wieder eingespart. Außerdem rollt der Umsatz an.

Ganz offensichtlich geht es nicht so sehr um die Deckung des „Verlustes“, sondern darum, die allgemeine Stimmung auszunutzen und den Arbeitern so viel wie möglich von dem, was sie in Jahren erkämpft haben, wieder abzuknöpfen. Damit sie möglichst weit im sozialen Standard zurückgeworfen werden und — wenn die Konjunktur wieder blüht — ziemlich vorn wieder anfangen müssen. Wo kämen wir denn hin, wenn die Arbeitnehmer, nachdem die „Talussole“ der Flaute durchschritten ist, sozialpolitisch da weitermachen wollten, wo sie vorher aufgehört haben? Wenn es den Unternehmern gelingt, in den Betrieben die soziale Uhr auf den Stand von 1960 oder noch früher zurückzudrehen, so zählt sich das für sie über Jahre hinweg inbarer Münze aus. Nur so hat sich die Flaute für sie erst richtig gelohnt!

Das ist in diesen Zeiten die Unternehmerdevise nicht nur bei Hanomag. Die Welle des sozialen Abbaus in den Betrieben ist weniger durch wirtschaftliche Not diktiert als durch den Willen, den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern für die früheren tarifpolitischen Erfolge einen Denkkettel zu erteilen; das ist ihre späte Rache! Aus dem Geschäftsbericht der Rheinstahl AG geht schließlich noch hervor, daß der Konzern über unbebaute Grundstücke in einem Volumen von rund 25 Millionen qm verfügt. Das sind Werte von mehreren hundert Millionen DM, nachdem schon 1966 Grundstücke für 82 Millionen DM veräußert worden sind. Statt jedoch von dieser Flanke her einen Zuschuß an die Hanomag-Tochter zu zahlen, um auch den vorgetauschten Verlust von 4,4 Millionen DM zu verkraften, sollen die spärlichen Lohnlütten der Arbeiter und Angestellten angezapft werden. Das enthüllt mit seltener Deutlichkeit die auf den Profit um jeden Preis orientierte Mentalität der Konzernherren. Sb.

Aus der Betriebsarbeit des Gewerkschafters in der DDR berichtet Gerd Siebert in seinem Taschenbuch

„Mitbestimmung drüben“

Die darin aufgezeichneten Einzelheiten über die alltägliche Gewerkschaftsarbeit in der DDR sind einmalig in der Bundesrepublik. Zum erstenmal erhält der Gewerkschafter bei uns die Möglichkeit zu sachlicher und objektiver Information über diesen Fragenkreis.

„Mitbestimmung drüben“, 120 Seiten, 12 Bildseiten, 4,20 DM, ab 10 Stück (für Wiederverkäufer) 3,40 DM.

Zu beziehen durch: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Schlechte Bilanz der Großen Koalition

Die politischen Erfolge sind bislang ausgeblieben Angriff auf Lebensstandard der Arbeitnehmer

Seit mehr als einem halben Jahr ist die Regierung Kiesinger, diese fragwürdige Koalition von CDU/CSU und SPD, im Amt. Als sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion installiert wurde, hieß es in der bundesdeutschen Presse, der Bestand der Regierung sei von ihren Erfolgen abhängig. Diese Erfolge braucht die CDU/CSU, um ihr in der Bevölkerung geschwundenes Vertrauen wiederzugewinnen, und die SPD-Führung braucht Erfolg, um jene Parteimitglieder zu widerlegen, die den Eintritt in die Große Koalition als einen gefährlichen Fehler angesehen haben.

Die Hoffnung auf die dringend notwendigen Erfolge richteten die Koalitionspartner auf die Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik. Aber weder gelang es, „die spontanen Kräfte des Marktes wieder zu entfalten“, wie das in der Regierungserklärung angekündigt war (der Staatshaushalt muß nach wie vor mit einem jährlichen Milliardendefizit rechnen), noch gab es in der angeblich neuen Ostpolitik einen „Durchbruch“.

Am 19. Januar 1967 beschloß die Bundesregierung finanzpolitische Maßnahmen, die das Haushaltsdefizit von mehreren Milliarden DM decken sollen. Diese Maßnahmen bestanden aus Ausgabenkürzungen von 2,531 Milliarden DM, Einnahmeerhöhungen von 0,905 Milliarden DM und einer Schuldaufnahme von 4,682 Milliarden DM. Wie nicht anders zu erwarten, wurden bei den Ausgabenkürzungen die Mittel für die sozialen Aufwendungen am stärksten reduziert. Neben einer Verminderung der Ersatzleistungen des Bundes für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten mußte das Wohnungsbauministerium aus seinem Haushalt 115 Millionen DM streichen, und die Ausbildungsbeihilfen in der Höhe von 85 Millionen DM fielen ganz weg. Den Bauern sollen die bisher gewährten Stützungsgelder und Zuschüsse zu einem Zeitpunkt, da neue Belastungen durch den EWG-Agrarmarkt auf sie zukommen, um 429 Millionen DM vermindert werden.

Um die Bevölkerung zu beschwichtigen, wurde von der Regierung auch eine Kürzung der Rüstungsausgaben um 240 Millionen DM vorgenommen. Tatsächlich aber ist es so, daß die im Rüstungsetat ursprünglich für 1967 vorgesehenen Ausgaben zur Abdeckung der Devisenausgleichszahlungen bereits um 600 Millionen DM im ordentlichen und um weitere 500 Millionen DM im außerordentlichen Haushalt erhöht worden sind, bevor die Regierung die „Kürzung“ des Rüstungshaushaltes verkündete. In Wahrheit betragen aber die Kosten für die Bundeswehr und für die Besatzungstruppen in diesem Jahr 2,067 Milliar-

den DM oder 11,6 Prozent mehr als 1966 und erreichen damit die Rekordhöhe von rund 20 Milliarden DM.

Aus einer Repräsentativumfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften in Godesberg ergab sich die allgemeine Meinung, daß die Hauptlast den Arbeitnehmern aufgebürdet wird. Die wirtschaftlichen Rückschläge haben sich am deutlichsten in der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Bergbau bemerkbar gemacht. In Nordrhein-Westfalen sind 129 000 Männer aus allen Berufen arbeitslos. Zu den bisher entlassenen Bergarbeitern kommen in den nächsten Monaten weitere 30 000 hinzu. Bis zum Frühjahr 1968 sollen noch mehr als ein Dutzend Schachtanlagen stillgelegt werden. Bis 1970 werden insgesamt 100 000 Bergarbeiter die Kündigung erhalten haben. Die Zechenkonzerne aber stecken für die Stilllegung der Schächte seit 1957 rund 235 Millionen DM „Liquidationsprämie“ ein.

Eine Millionen Familien — nach der bereits erwähnten Erhebung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften mehr als ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik — haben die Auswirkungen der nachlassenden Konjunktur in der Senkung ihres Lebensstandards zu spüren bekommen. Sie sind durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, wegfallende Überstundenzuschläge, höhere Verkehrstarife, gestiegene Preise, Mieten und Steuern gezwungen, ihren Verbrauch stark einzuschränken.

Wirtschaftsminister Karl Schiller aber vertrat auf der 95. Sitzung des Bundestages die Auffassung, daß das Ziel der „konzertierten Aktion“ eine Lohnbildung sei, „die auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung abgestellt ist, aber in einem sehr globalen und toleranten Wege, und die ein entsprechendes preis- und investitionspolitisches Verhalten der Unternehmer ebenfalls einschließt... Natürlich wird ein Anstieg der Gewinne eintreten... Was zur Zeit an Dividenden gezahlt wird oder beschlossen wird, ist sicherlich auch ein Ausdruck dafür, daß die Wirtschaft dokumentieren will: Es geht wieder aufwärts.“ —

Leider nicht für den Arbeiter: In der Industrie ist sein durchschnittlicher Brutto-Wochenlohn von 203 DM im Juli 1966 auf 191 DM im Januar 1967 gefallen, obwohl die Preissteigerung immer noch nicht beendet ist. Auch im Frühjahr 1967 lagen die Lebenshaltungskosten nach den amtlichen Angaben noch um 2 Prozent über dem Vorjahresstand.

In den letzten Monaten sind viele Haushaltungen in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil die Abzahlungen für während der Konjunktur aufgenommene Kredite nicht mehr geleistet werden können. Die 24 öffentlichen und 220 privaten Pfandleih-

Wohnungsbauförderung rückläufig

Die Zahl der 1966 öffentlich geförderten Wohnungen in der Bundesrepublik hat sich gegenüber 1965 von 208 000 auf 150 000 vermindert. Der gesetzliche Auftrag, die Finanzierung von jährlich 300 000 Sozialwohnungen mit Hilfe öffentlicher Mittel sicherzustellen, wurde damit nur zur Hälfte erfüllt. Im Jahre 1965 ist die Bundesrepublik in der Wohnungsbauleistung, gemessen an der Bevölkerungszahl, unter 16 europäischen Ländern ähnlicher Wirtschaftsstruktur von der ersten auf die vierte Stelle zurückgefallen.

anstalten haben eine steile Umsatzentwicklung zu verzeichnen. Sie werden verstärkt in Anspruch genommen, weil die Kreditaufnahme bei der Bank vielen Verbrauchern durch die nicht vorhandenen Sicherungen unmöglich gemacht wird. Dinge des „gehobenen Lebensstandards“, wie Fernseher, Kühlschränke usw., werden am meisten beliehen. Und nicht nur private Haushaltungen, auch kleine Handwerker und Geschäftsleute sehen sich gezwungen, „Kredite“ beim Leihhaus aufzunehmen.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung aber hat diese Sorgen nicht. Ihre Energie ist darauf gerichtet, „die gesunkene Unternehmensmoral wieder aufzumöbeln“ (Schiller). Dem dienen Investitionsspritzen aus dem — an anderer Stelle gekürzten — Staatshaushalt und Steuererleichterungen für die Unternehmer.

Darum erscheint es durchaus nicht verwunderlich, wenn ausgerechnet Hermann J. Abs, bisher Sprecher der Deutschen Bank AG und vielfaches Aufsichtsratsmitglied, Töne höchsten Lobes für die bisherige Tätigkeit des Kiesinger-Kabinetts fand. Vor der Industrie- und Handelskammer Gießen erklärte er: „Eine bessere Regierung, als wir sie haben, kann ich mir derzeit nicht vorstellen.“ H. S.

Stabilität durch konzertierte Aktion?

Eine Bilanz von Versprechen und Wirklichkeit Gleiche Politik führte zu gleicher Finanzmisere

Eine der ersten Stellungnahmen des frischgebackenen Bundeswirtschaftsministers, Prof. Schiller, zur Tarifpolitik lief zu Beginn dieses Jahres darauf hinaus, daß für die Arbeitnehmer „nicht viel drin“ sei. Schuld daran sei die wirtschaftliche Flaute, die durch „wirtschaftsgerechtes Verhalten aller Beteiligten“ überwunden werden müsse. Der Wirtschaftsminister gab dann die berüchtigt-berühmte Parole von der 2,7-Prozent-Leitlinie aus. Das war gewissermaßen die „Grundsteinlegung“ für die konzertierte Aktion, in deren Verlauf bislang die Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter mehrmals mit dem Wirtschaftsminister zu einem Round-table-Gespräch zusammengekommen sind. Die konzertierte Aktion wurde angestimmt, um der Wirtschaft wieder auf die Beine zu verhelfen. Nach sieben Monaten Großer Koalition, nach Abschluß des ersten Halbjahres 1967 und nach mehreren Monaten konzertierter Aktion fragt man sich in den Gewerkschaften mit Recht, ob und wie sich denn der Erfolg eingestellt habe.

Die Bilanz zu ziehen ist auch deshalb angebracht, weil es ja nicht unerheblich ist, ob etwa die Arbeiter, Angestellten und Beamten umsonst auf viele hundert Millionen DM Einkommen verzichten mußten oder ob ihre mit hundertaussendfachen sozialen Härtefällen bezahlte Zurückhaltung für sie einen volkswirtschaftlichen Sinn hatte. Unerheblich wäre es auch nicht, wenn sich am Ende herausstellen sollte, daß diese konzertierte Aktion möglicherweise nur ein Trick war, um die Arbeitnehmer zur Kasse zu bitten — zu einer Kasse, zu der sie, hätte man ihnen die Wahrheit gesagt, sonst nie gegangen wären.

Wir erinnern uns: Am Anfang der Entwicklung, die zur konzertierten Aktion führte, stand Ende 1966 der drohende Zusammenbruch der Bundesfinanzen, verbunden mit einer Reihe außen- und innenpolitischer Fehlschläge der Regierung Erhard. Die sozialdemokratische Parteiführung hat dann durch ihren Eintritt in die Regierung verhindert, daß die übersteigerte Rüstungs- und Notstandskonzeption als wesentliche Ursache für die Finanzkrise korrigiert werden mußte. Sie konnte jedoch nicht vermeiden, daß gleichzeitig in der Wirtschaft eine Verschärfung der Strukturkrisen, der internationalen Konkurrenz, der Automations- und Rationalisierungseffekte und der Anzeichen einer typischen zyklischen Krise wirksam wurde.

In einer konzertierten Aktion aller an der Wirtschaft beteiligten Kräfte wollte Prof. Schiller, zusammen mit Finanzminister Strauß, die Depression überwinden. Es fiel auf, daß der sozialdemokratische Wirtschaftsminister insbesondere die Gewerkschaften zur „Mäßigung“ aufforderte und sich damit die Unternehmerthese zu eigen machte, wonach Lohn- und Gehaltsforderungen, Arbeitszeitsverkürzungen und andere Gewerkschaftsforderungen schuld daran seien, daß die Konjunktur kaputtgegangen ist.

In einer „Zielprojektion“ bis 1971 setzte das Bundeswirtschaftsministe-

rium für das laufende Jahr folgende Daten: Wachstum des Bruttosozialprodukts um 4 Prozent, real 2 Prozent; Senkung des Preisanstiegs von 3,6 Prozent 1966 auf 2 Prozent; Steigerung der Löhne und Gehälter um höchstens 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr; Zunahme der Unternehmergewinne um 22 Prozent; von dem Anwachsen der Arbeitsproduktivität war nicht die Rede. Als Ziele der sozialen Marktwirtschaft, die durch die konzertierte Aktion erreicht werden sollten, nannte Prof. Schiller: Vollbeschäftigung, angemessenes Wirtschaftswachstum bei Wahrung des Außenhandelsgleichgewichts, Geldwertstabilität, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.

Wenn man die gegenwärtige Lage in der Wirtschaft, die Situation der Arbeiterschaft an diesen Zielsetzungen prüft, so wird nicht erkennbar, daß man ihnen mit den bisherigen Maßnahmen der konzertierten Aktion auch nur einen Schritt näher gekommen ist. Im Gegenteil, die soziale Position der Arbeitnehmer hat sich fortwährend weiter verschlechtert, die Finanzkrise der öffentlichen Hand ist noch akuter und gefährlicher geworden, die Wirtschaft denkt nicht daran, stärker zu investieren und die materiellen Hilfsmaßnahmen von Staat und Steuerzahlern konzukturbelebend anzusetzen. Die Bilanz ist deprimierend: chen der Industrie werden für Millionen Arbeiter und Angestellte die über-

Die Zahl der Arbeitslosen liegt noch immer bei 450 000 und damit um 300 000 höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Kurzarbeiterzahl hat sich bei rund 200 000 eingependelt. Insgesamt gibt es gegenwärtig 800 000 Arbeitsplätze weniger als 1966. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik hat sich weiter verringert. Die diesjährigen Lohn- und Gehaltserhöhungen haben nur selten die von Prof. Schiller genannten 2,7 Prozent erreicht, und das auch nur auf dem Papier. Meistens wurden die vereinbarten Tariflohn erhöhungen voll oder doch zum Teil auf die Effektivlöhne verrechnet. In zahlreichen Bran-

tariflichen Leistungen verringert oder beseitigt. Das sieht so aus, daß z. B. in 80 Prozent aller norddeutschen Betriebe der Metallverarbeitung mit 230 000 Arbeitnehmern die übertariflichen Zahlungen um 2—3 Prozent vermindert wurden. Wir haben gegenwärtig den seit 1949 einmaligen Zustand, daß trotz auf dem Papier ausgehandelter Lohn- und Gehaltsaufbesserungen infolge des sozialen Abbaus in den Betrieben und weiterhin steigender Preise der Reallohn aller Beschäftigten und damit die Massenkaukraft spürbar gesunken ist.

Noch gibt es über das Ausmaß der Lohnminderung keine genauen Zahlen, nur Schätzungen. So muß angenommen werden, daß als Folge von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohn-drückerei der Kaufkraftschwund seit Herbst 1966 im Durchschnitt 300 bis 500 Millionen DM monatlich beträgt. Das heißt, daß der als Konjunktur-Initialzündung gedachte Investitionshaushalt des Bundes in Höhe von 2,5 Milliarden DM durch den Kaufkraftschwund auf der Arbeitnehmerseite schon lange paralysiert wurde. Zum erstenmal ist im Mai 1967, nach dem Rückgang anderer Steuern, auch die Lohnsteuereinnahme des Bundes um 5 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat ausgefallen.

Dieser negativen sozialen Bilanz nach sieben Monaten „neuer“ Wirtschaftspolitik und nach zahlreichen Paukenschlägen der konzertierten Aktion steht im Wirtschaftsbereich auch nichts Positives gegenüber: Der Abwärtstrend der Industrieproduktion scheint unaufhaltsam. Monat für Monat liegt das Produktionsergebnis unter dem Stand des jeweiligen Vorjahresmonats:

November 1966	= — 0,9 Prozent
Dezember 1966	= — 1,8 Prozent
Januar 1967	= — 3,8 Prozent
Februar 1967	= — 4,7 Prozent
März 1967	= — 7,5 Prozent
April 1967	= — 5,9 Prozent
Mai 1967	= — 6,0 Prozent

Die Auftragseingänge in der Industrie lagen im April sogar um 13,5 Prozent unter dem Stand des Vorjahresmonats. Auch in den folgenden Monaten, so lassen Detailberichte der Branchen erkennen, hat es noch kein Entrinnen aus der Minusentwicklung gegeben. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie betrug zeitweilig nur 75 Prozent. Aber die vorhandenen Produktionsanlagen und Arbeitskräfte reserven würden 1967 eine Produktionssteigerung um 6—7 Prozent ermöglichen; das sind Werte von rund 30 Milliarden DM. Statt dessen wird es in dieser ersten Jahreshälfte einen Produktionsrückgang um 1—2 Prozent geben!

Es ist also abwegig, davon zu reden, die konzertierte Aktion habe den Arbeitnehmern oder auch nur der Volkswirtschaft einen greifbaren Nutzen gebracht. Ausschließlich einzelnen, den größten Monopol- und Unternehmensgruppen sind dagegen die unter dem

Schluwort von der konzertierten Aktion eingeleiteten Maßnahmen der Regierung zur „Gesundung“ der Wirtschaft zugute gekommen. Zu diesen Maßnahmen gehören:

■ die Sonderabschreibungen in Höhe von 10 Prozent des Anlagewertes für bewegliche und von 5 Prozent für unbewegliche Investitionsgüter, die zusätzlich für die Dauer vom 20. Januar bis 31. Oktober 1967 gewährt werden und für die Unternehmer ein Sonder-Steuer geschenk von fast 1 Milliarde DM bedeuten;

■ die stufenweise Senkung des Diskontsatzes von 5 auf 3 Prozent, womit der Industrie ungewöhnlich billige Kredite eingeräumt werden. Was das bedeutet, kann man daran ermessen, daß in der Vergangenheit die Erhöhung des Diskonts durch die Bundesbank um $\frac{1}{2}$ Prozent eine Verteuerung der Quadratmetermiete im privaten Wohnungsbau um 60 bis 70 Pfennig nach sich zog. Aber statt zu investieren, haben nicht wenige Unternehmen billig aufgenommenes Kapital ins Ausland exportiert, wo sie höhere Zinsen kassieren können, als sie selbst zahlen müssen;

■ der Eventualhaushalt, der hauptsächlich einigen Zweigen der Investitionsgüterindustrie Aufträge in Höhe von 2,5 Milliarden DM brachte;

■ die Einsparungen und zusätzlichen Gewinne in Höhe vieler hundert Millionen DM durch Entlassungen, Kurzarbeit, sozialen Abbau, minimale Tarifloohnerhöhungen usw., die den wesentlichen Inhalt der konzertierten Aktion darstellen;

■ die als Folge dieser Maßnahmen gegenüber dem Vorjahr um 22 Prozent höheren Gewinnerwartungen der Unternehmer.

Haben also schon die bisherigen Schritte und Wirkungen der konzertierten Aktion einseitig bei den Unternehmern zu Buch schlagen, so wird diese Arbeitgeberbevorzugung durch den Staat im sogenannten „Stabilitätsgesetz“, das in erheblichem Umfange die Verteilung von Steuergeldern zugunsten der Wirtschaft vorsieht, faktisch zementiert und zur Staatsdoktrin erhoben.

Nun besagt ja Schillers These von der konzertierten Aktion, daß keine Gruppe vorübergehende Konjunkturlagen bzw. Depressionen einseitig auf Kosten anderer ausnützen darf. Darum sollen die Arbeitnehmer in einer „zweiten Phase“ der konzertierten Aktion wieder gleichziehen. In dieser zweiten Phase soll die Herstellung der „sozialen Symmetrie“ angestrebt werden.

Offenkundig handelt es sich bei diesem Versprechen um eine Irreführung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Soziale Symmetrie hat es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Es ist vielmehr das Wesen der

kapitalistischen Ordnung, sozial asymmetrisch zu sein. Mit dem Schlagwort von der sozialen Symmetrie sollen die Arbeitnehmer auf „später“ vertröstet werden, da es jetzt angeblich zunächst darum geht, mit allen Mitteln die Wirtschaft anzukurbeln, wofür die unselbstständig Beschäftigten „zeitweilige“ Opfer bringen müßten. Es wird aber kein „später“ im versprochenen Sinne geben. Als die Arbeiter und Angestellten nach 1945 über niedrige Löhne und hohe Preise den Wiederaufbau der Wirtschaft finanzierten, hat es danach für sie auch kein „später“ gegeben. Wenn sich der Inhalt der Lohntüte in einem längeren Zeitraum auch verdoppelt hat, so vervielfachten sich gleichzeitig die Unternehmerrgewinne und -vermögen. In dieser asymmetrischen Zeit wurden die Besitzverhältnisse dafür geschaffen, daß heute nur 4,1 Prozent aller Haushalte (von Selbständigen) soviel ausgeben können wie ein Drittel aller Arbeitnehmerhaushalte in der Bundesrepublik.

Das Schlagwort von der Herstellung der sozialen Symmetrie in der zweiten Etappe der konzertierten Aktion ist die Leimrute, auf die die Gewerkschaften kriechen sollen. Schon jetzt ist klar zu erkennen, daß auch in den kommenden Monaten und Jahren niemand den Arbeitnehmern etwas zugestehen wird, was sie mit ihren Gewerkschaften nicht zuvor erkämpft haben. Das wachsende Defizit des Bundeshaushaltes und die „tiefen Einschnitte“ in den sozialen Bereich, die Finanzminister Strauß ankündigte und die in diesen Tagen Gegenstand heftiger Debatten im Zusammenhang mit der „mittelfristigen Finanzplanung“ sind, dürften auch dem letzten Illusionisten klarmachen, daß auch künftig die Arbeitnehmer verstärkt zur Kasse gebeten werden, daß von sozialer Symmetrie nicht die Rede sein kann.

Trotz eifrigsten „Konzerts“ von Staat und Unternehmerschaft, das den Arbeitnehmer die soziale Sicherheit kostet, ist die Finanzlage nicht besser als in Prof. Erhards letzten Regierungstagen. Die Defiziterwartung des Bundes sieht wie folgt aus:

1967 = 10,5 bis 11,5 Mrd. DM
1968 = 7,2 bis 9,0 Mrd. DM
1969 = 9,2 bis 11,0 Mrd. DM
1970 = 9,5 bis 12,0 Mrd. DM
1971 = 8,3 bis 9,0 Mrd. DM

Statt sozialer Symmetrie wird es weitere Steuererhöhungen, Kürzungen am Sozialetat, Rentenstreichungen, die Erhöhung des Zins- und Preisniveaus und andere unpopuläre Maßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer geben. Denn auch Lasten, die rein optisch den Betrieben und Unternehmern auferlegt werden sollten, werden über die Preiskalkulation sofort an die Verbraucher und damit an die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, weitergegeben. Wer jemals gehofft hat, unter der Großen Koalition, mit

sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung werde es, wenn schon keinen Wandel in der Rüstungs- und Notstandspolitik, so doch zumindest sozialen Fortschritt geben, der sieht sich gründlich getäuscht. Vielmehr wird die Große Koalition den Arbeitnehmern das größte Weißblut seit Bestehen der Bundesrepublik bescheren.

Es stellt sich zwingend die Frage, warum trotz der konzertierten Aktion die versprochenen wirtschaftlichen Erfolge ausgeblieben sind und die Staatfinanzen noch tiefer im Dilemma stecken als je zuvor. Was wir auf diesem Gebiet gegenwärtig erleben, ist der beste, von den Initiatoren der konzertierten Aktion natürlich ungewollte Beweis dafür, daß nicht Lohnabbau und gewerkschaftliches Kurtztreten in der Tarifpolitik das Wundermittel zur Gesundung der Wirtschaft darstellen. Vielmehr liegt der Schlüssel in der Rüstungspolitik! Weil auch die Regierung Kiesinger/Brandt auf den milliardenfressenden Ehrgeiz nicht verzichten will, wie schon Erhard das nicht wollte, ist die Finanz- und Wirtschaftsmisere auch heute noch die gleiche wie zu Erhards Zeiten. Man hat an den Symptomen, nicht an den Ursachen herumkuriert und bei dieser Kurpiuserei obendrein die Arbeitnehmer um ihren sozialen Besitzstand geprellt!

Darum sind es eigentlich nur zwei Gründe, die für die konzertierte Aktion plausibel erscheinen: erstens geht es ihren Initiatoren darum, den beherrschenden Monopolen auch in Flautenzeiten hohe Profitraten zu sichern, zweitens geht es um die Sicherung der wirtschaftlichen Basis für die Rüstungspolitik, um als stärkste westeuropäische Militärmacht wieder Großmachtpolitik betreiben zu können. Die Arbeitnehmer spielen für die Väter der konzertierten Aktion nur insofern eine Rolle, als sie dafür auszuereisen sind, diese Politik zu bezahlen.

Wenn jetzt in den Gewerkschaften die Stimmen zunehmen, die der Meinung sind, daß die Arbeitnehmer genug Vorleistungen erbracht hätten, so zeigt sich, daß die Zeit gekommen ist, in der mancherlei Illusionen über den „neuen Besen“ Schiller dahinschwinden. Der DGB und die Gewerkschaften stehen an der Schwelle einer Neubeginnung; sie werden erkennen müssen, daß der soziale Besitzstand der Arbeitnehmer rigoros abgebaut wird, wenn sie weiter im Interesse guten Einvernehmens mit dem sozialdemokratischen Regierungspartner dem Kampf aus dem Wege gehen. Ist die soziale Uhr erst zurückgedreht, werden es die Gewerkschaften noch schwerer haben, soziales Terrain zurückzugewinnen oder gar neues zu erobern. Nach Lage der Dinge muß der Kampf gegen die soziale Reaktion mit dem Kampf gegen die falsche, Währung und Wirtschaft zerrüttende politische Konzeption verbunden werden.

Gerd Siebert

Rüstungspolitik in der Sackgasse (I)

Arbeitnehmer Hauptleidtragende der Hochrüstung Gewerkschaften müssen Forderungen präzisieren

Weder die enorme Deckungslücke im Bundeshaushalt noch die Modifizierung der NATO-Direktive auf der Außenministerkonferenz der Allianz am 9. Mai dieses Jahres haben die Bundesregierung der Großen Koalition zu einer Revision ihres Rüstungskurses bewegen können. 19,6 Milliarden Mark, 1,23 Milliarden mehr als im Vorjahr, stellt der Haushalt 1967 an direkten Rüstungsausgaben bereit. Dabei ist heute schon klar: Nur mit einem energischen Abbau der Rüstungslasten und einer Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer ausgesprochenen Verteidigungsstreitmacht wird man auf die Dauer Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik in Ordnung bringen können. Und nur so wird man glaubhaft machen können, daß die Bundesrepublik eine Politik der Verständigung und Entspannung betreibt.

Es ist anzuerkennen, daß die Gewerkschaften immer wieder für eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben eintreten. Am weitesten ging bisher die IG Metall, die im Februar in ihrem Organ feststellte: „METALL begreift vor allem nicht, warum der Rotstift nicht kräftiger im Rüstungshaushalt angesetzt wird... Nach einer leidenschaftslosen Durchforstung des Rüstungshaushalts von kompetenter Seite wurde geschätzt: Hier kann man 5 bis 7 Milliarden DM einsparen, ohne daß die Bundesbürger dadurch weniger in Sicherheit leben würden als bisher.“ Zweifellos setzen die Gewerkschaften aber nicht den erforderlichen Nachdruck hinter ihre Forderung nach Rüstungsbegrenzung. Auch tragen sie diese nicht detailliert und präzise genug vor. Es ist eben nicht mit einer linearen Herabsetzung der Kostengrößen getan, sondern es geht um eine weitgehende Umstrukturierung und Umfunktionierung der Bundeswehr.

Im Folgenden sollen zunächst die Voraussetzungen untersucht werden, mit denen eine fortschrittliche Abrüstungs- und Sicherheitsstrategie in der Bundesrepublik heute rechnen muß, also die herrschende militärpolitische Konzeption und die Rüstungswirtschaft. In einem zweiten Teil werden sich nach einer Darlegung der offiziellen Zukunftsplanungen konkrete Vorschläge anschließen.

Im Mai hat eine Ministerkonferenz der NATO eine neue strategische Konzeption verkündet, auf Grund derer eine Arbeitsgruppe bis Ende des Jahres eine neue Verteidigungsplanung für den Nordatlantikpakt erarbeiten soll. Um ermessen zu können, worin hier etwas wirklich Neues liegt und worin nicht, muß folgende Entwicklung festgehalten werden: Die Verteidigungslinie der NATO-Planung wurde in den letzten 18 Jahren schrittweise immer weiter nach Osten verlegt. 1949/50 lag sie westlich des Rheins, in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre am Rhein, 1957 an Weser und Lech, und im Herbst 1963 wurde sie direkt an die Grenzen von DDR und CSSR verlegt. Das geschah nicht zuletzt auf Grund des innerhalb der

NATO-Planung gewachsenen Einflusses von Regierung und Militärs der Bundesrepublik.

Am Prinzip dieser sogenannten Vorwärtsverteidigung hat sich auch mit der Verkündung der NATO-Strategie der „flexiblen Entgegnung“ nichts geändert. Am 27. April hatte Minister Schröder quasi vorsorglich im Bulletin der Bundesregierung geschrieben: „Die Integrität der Bundesrepublik Deutschland kann nur durch eine bereits an der Demarkationslinie beginnende Verteidigung gewahrt werden.“ Am strategischen Straßenbau, der Schaffung von Bereitstellungsräumen und dergleichen in unmittelbarer Grenz Nähe wird sich also auch in Zukunft nichts ändern. In Zukunft will man das ganze allerdings „Vorneverteidigung“ und nicht „Vorwärtsverteidigung“ nennen.

Geändert hat sich dagegen folgendes: Auch offiziell will man nicht mehr den Eindruck aufrecht erhalten, daß in Mitteleuropa jede kleinste militärische Grenzüberschreitung „nach Westen“ gleich nach dem Prinzip der sog. massiven Vergeltung den großen Atomschlag auslösen müsse. Eine solche Drohung wird nicht mehr als glaubhaft empfunden. Verbunden mit dieser Heraussetzung der sog. Atomschwelle ist ein begrenzter Abbau der nuklearen Kapazitäten der Amerikaner in der Bundesrepublik und ihr Bemühen, der Bundeswehr weitgehend konventionelle Aufgaben zuzuweisen. Diese modifizierte Haltung der Amerikaner gründet sich auf

- eine realistischere Einschätzung der Situation in Europa, wonach mit einem massierten Angriff aus dem Osten nicht zu rechnen ist;
- das gewachsene Engagement der USA in anderen Erdteilen, das sie unter Ausnutzung ihrer stark angestiegenen Transportkapazitäten zur „strategischen Rotation“ greifen ließ;
- die geringere Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik;
- eine weitere Konsequenz der modifizierten NATO-Strategie ist, daß den nationalen Interessen und Möglichkeiten bei der Verteidigungsplanung

mehr als bisher Rechnung getragen werden soll.

Die Modifikation der NATO-Strategie einschließlich der veränderten Einschätzung der Lage in Mitteleuropa macht in jedem Fall eine Revision von Rolle und Auftrag der Bundeswehr vordringlich. Diese Revision kann nicht mehr einfach — wie bisher häufig geschehen — mit dem Hinweis auf die Anforderungen der NATO abgetan werden. Und den Befürwortern dieser Revision kann schlechterdings nicht mehr unterstellt werden, die Sicherheit der Bundesrepublik zu gefährden. Die Bundesregierung sucht sich aber dieser Anforderung zu entziehen. Seit seinem Amtsantritt als Bundesverteidigungsminister ist Schröder bemüht, so viel wie möglich von den aufwendigen und ehrgeizigen alten Planungen zu retten. Zwar berät sowohl das Verteidigungsministerium wie der Bundestagsausschuß für Verteidigung über die künftige Struktur der Bundeswehr. Aber man fragt sich, was dort überhaupt noch zur Diskussion stehen soll, wenn Schröder bereits im voraus so gut wie alle Elemente der bisherigen Wehrpolitik für unverzichtbar erklärt. Die weitgehendste Äußerung, zu der sich Schröder bisher verstanden hat, ist eine Andeutung in der Wehrdebatte des Bundestages, daß es „möglicherweise zu gewissen Akzentverschiebungen in der Struktur der Bundeswehr“ kommen werde. Für wahr nichtssagend genug! Im übrigen erklärte Schröder, ein Umschalten der laufenden Planung sei nur langfristig möglich. Er lehnte namens der Regierung einen Verzicht auf atomare Trägergewaffen für die Bundeswehr, auf die allgemeine Wehrpflicht, und eine Herabsetzung der Wehrdienstzeit und der Personalstärke der Bundeswehr ebenso kategorisch ab, wie er eine weitere Heraussetzung des Rüstungshaushalts und eine „entsprechende Priorität“ für diesen forderte.

Die weitere Hochrüstung sucht Bonn im wesentlichen mit drei strategischen Argumenten zu rechtfertigen:

- Die Warschauer Pakt-Staaten besitzen eine vielfache konventionelle Überlegenheit gegenüber der NATO in Mitteleuropa. Ihr militärisches Potential ist in den letzten Jahren eher noch gewachsen.
 - Auch wenn die Sowjetunion augenblicklich keine Angriffsabsichten haben sollte, kann sie über Nacht auf Aggressivität umschalten. Im Westen der Sowjetunion sind 700 Mittelstreckenraketen auf Westeuropa gerichtet.
 - Das Risiko für den potentiellen Aggressor darf nicht kalkulierbar sein. Daher bedarf die Bundeswehr einer ausgewogenen konventionell-nuklearen Strike-Kapazität.
- Dazu ist folgendes festzustellen: Die behauptete konventionelle Überlegenheit der Mächte des Warschauer Paktes in Mitteleuropa besteht überhaupt nicht. In Polen, der CSSR und der

DDR zusammen stehen nur unwesentlich mehr Soldaten als in der Bundesrepublik. Die vielfache Überlegenheit entsteht nur, wenn man die gesamte Streitmacht der Sowjetunion in Europa, möglicherweise nach wochenlanger Mobilisierung, zusammen mit der der anderen Warschauer Pakt-Staaten den in der BRD stationierten Kräften gegenüberstellt. Und eine Überlegenheit in Mitteleuropa läßt sich allein dann konstruieren, wenn man nur die Zahl der Divisionen vergleicht und dabei „vergibt“, daß eine NATO-Division 20 000 — 30 000, eine Warschauer-Pakt-Division aber nur 10 000 Mann umfaßt. Auch wäre bei Annahme einer starken konventionellen Überlegenheit des Ostens in Mitteleuropa die Ablehnung eines Disengagements durch die Bundesregie-

rung noch unverständlicher, als sie es ohnehin schon ist. Jedenfalls zählen für einen Angriff nur die präsenten Truppen und setzt ein erfolgversprechender Angriff eine Überlegenheit von mindestens 4:1 voraus. Es ist unvorstellbar, daß die Warschauer-Pakt-Staaten in Angriffsabsicht in der DDR und CSSR eine solche Massierung vornehmen könnten, ohne daß den Amerikanern Zeit bliebe, auch ihre Truppen in West-Mitteleuropa zu verstärken.

Die Vorstellung, die UdSSR könne sozusagen über Nacht auf aggressiven Kurs gehen, entlarvt sich damit als absurd. Gerade die 700 im Westen der Sowjetunion stationierten Mittelstreckenraketen sind nicht Ausdruck sowjetischer Aggressivität, sondern in

erster Linie die Antwort auf die Anhäufung von mehreren tausend nuklearen Sprengköpfen und zahllosen Trägerwaffen in der Bundesrepublik. Ein Abbau dieser Mittelstreckenraketen und damit auch ein allmähliches Herausreten der Bundesrepublik aus der sowjetischen atomaren Zielkartei kann in dem Maße erreicht werden, wie die amerikanischen und westdeutschen atomaren Trägerwaffen aus West-Mitteleuropa verschwinden. Das aber wird von der Bundesregierung hartnäckig abgelehnt. Die Forderung ist unsinnig, die Bundeswehr müsse die gleichen „modernen“ Waffen haben wie die Sowjetunion. Atomare Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik können bei deren Größe und Bevölkerungsdichte im Kriegsfall höchstens die Vernichtung der BRD garantieren, nicht aber zu ihrer Verteidigung beitragen. Wiewohl man die sowjetische Friedensliebe getrost höher einschätzen darf als die gewisser Bonner Politiker, birgt die Aufrechterhaltung eines unkalkulierbaren Risikos eher die Gefahr der Konzipierung einer raschen militärischen Eskalation oder gar eines nuklearen Präventivschlages als etwa zusätzliche Sicherheit in sich. Soweit der militärstrategische Hintergrund, vor dem die Frage beantwortet werden muß, wie eine echte Verteidigungsstreitmacht für die Bundesrepublik auszusehen hat.

Zweck-Lärm in der Flugzeugindustrie

Seit Beginn dieses Jahres sorgen die Konzerne der Flugzeug-, Weltraum- und Raketenindustrie in der Bundesrepublik für spektakuläre Schlagzeilen in der Presse: „Staat kürzt Forschungsmittel“, „Unabsehbare Folgen für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der gesamten Industrie“, „50 Prozent von der Entlassung bedroht“, „Technischer Anschluß geht verloren“. Mit derartigen Schreckensmeldungen versuchte man, den Eindruck zu erwecken, als wäre die Flugzeugindustrie am stärksten von den Kürzungen im Bonner Staatshaushalt betroffen.

Zwar ist der Steigerungsbetrag für Rüstungsausgaben um eine symbolische Summe gekürzt worden. Für die wehrtechnische Forschung, Entwicklung und Erprobung jedoch sind mit 784 Millionen DM sogar 200 Millionen DM mehr vorgesehen als 1966; auch der Betrag für die Weltraumforschung erhöhte sich von 228 auf 278 Millionen DM. Aus diesen Mitteln erhielt die Flugzeug-, Raumfahrt- und Raketenindustrie in den vergangenen Jahren jeweils etwa 500 Millionen DM für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben.

Da 1966 jedoch im Vorgriff auf 1967 schon beträchtliche Mittel verbraucht worden waren, standen für dieses Jahr nur noch 120 Millionen DM zur Verfügung. Die Konzernbüros errechneten, daß damit nur noch jeder sechste Entwicklungsingenieur weiterbeschäftigt werden könnte. Alle Projekte, insbesondere die senkrecht startender Versuchsflyer, mit denen man an die Spitze der Rüstungstechnik vorstoßen wollte, müßten gestoppt werden.

In der bundesdeutschen Presse fand man allerdings kein Wort darüber, daß der Aufbau dieses Industriezweiges 1955 ausschließlich unter militärpolitischen Erwägungen erfolgte und die Rüstungsindustriellen Franz Josef

Strauß wohlwollend nachsagten, er habe die Flugzeugindustrie aus dem Boden gestampft. Im Verlaufe eines Jahrzehnts wurde zu 90 Prozent mit Rüstungsaufträgen ein Produktionsapparat geschaffen, in dem heute mehr als 36 000 Beschäftigte tätig sind. Für zivile Entwicklungen standen nur Bruchteile der finanziellen Mittel zur Verfügung, die für militärische Projekte ausgegeben wurden. Mit dem von Strauß arrangierten Starfighter-Programm wurden die Kapazitäten am stärksten aufgebläht; von 1960 bis 1963 hat sich die Zahl der Beschäftigten fast verdoppelt. Die Flugzeugkonzerne erweiterten selbst dann noch ihre Kapazitäten, als dieses Programm seinen Höhepunkt überschritten hatte. Von 1963 bis zur Gegenwart stieg die Zahl der Beschäftigten um mehr als 3000.

Die Forschung und Entwicklung in diesem Industriezweig gehört einerseits, entsprechend dem Programm der Regierung, zu den drei Hauptkomplexen, die vorrangig staatlich gefördert werden. Andererseits läßt die Finanzmisere Bonns gegenwärtig keine außerplanmäßigen Subventionen zu. Daher der Vorschlag des Verteidigungsministeriums, durch Rationalisierung etwa 1200 Kräfte zu entlassen. Gleichzeitig wurden durch Umschichtungen im Rüstungsetat, durch zusätzliche Mittel aus dem Haushalt sowie dem Nachtragshaushalt die weiteren Lücken — dies erfolgte ohne jeden spektakulären Aufwand — geschlossen. Das wochenlange Lamentieren über die Krise in der Flugzeug-, Weltraum- und Raketenindustrie war daher überwiegend für die breite Öffentlichkeit bestimmt, mit deren Steuergeldern diese Rüstungskapazität aufgebaut wurde und seit Jahren ohne Nutzen für die Volkswirtschaft erhalten wird. K. E.

Ein weiteres Hindernis für eine Teilabrüstung der Bundesrepublik liegt in dem Umstand, daß hierzulande wieder eine Rüstungswirtschaft entstanden ist, die eine gewisse konjunkturelle Bedeutung gewonnen hat und zu deren Rechtfertigung die Großindustrie eine ganze Ideologie entwickelt hat. So scheute sich Willy Brandt nicht, einen Rüstungsabbau unter Hinweis auf die Gefahr neuer Arbeitslosigkeit abzulehnen. Daß ein solches „Argument“ und die Behauptung, die Militärförderung und -entwicklung sei Bedingung für den technischen Fortschritt, weithin unwidersprochen bleiben, zeigt, wie weit die Bewußtseinsmanipulierung im Interesse der Profitabsicherung und der Machtpolitik der Monopole bei uns bereits gediehen ist.

Dabei sind die negativen Begleiterscheinungen und Folgen der konventionell-nuklearen Doppellüstung wahrhaftig nicht mehr zu übersehen. Die Zerrüttung der Bundesfinanzen, die wachsende Rezession sprechen eine deutliche Sprache. Es hat sich erneut erwiesen, daß die Hochrüstung langfristig das Wirtschaftswachstum hemmt, die Konzentration wirtschaftlicher Macht fördert, unbrauchbare Produktionskapazitäten schafft und erhält, die für wichtige Gemeinschaftsaufgaben und zivile Strukturverbesserungen erforderlichen Mittel vergeudet sowie die sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmerschaft gefährdet und deren Lebensstandard drückt.

Das beweist auch ein Vergleich mit weniger rüstenden Ländern. Es ist kein Zufall, daß die kapitalistischen Länder

mit den relativ geringsten Rüstungsaufwendungen, nämlich Japan, Italien und Kanada, auch die höchste wirtschaftliche Zuwachsrates haben. Schwerpunkte der westdeutschen Rüstungswirtschaft sind heute: die Luft- und Raumfahrtindustrie als eigentliche Rüstungsindustrie, Bereiche der Fahrzeugindustrie, der elektrotechnischen und elektronischen Industrie, des Schiffbaus sowie die Waffen- und Munitionsherstellung. Über einseitige Lizenzanfertigung und arbeitsteilige Koproduktion ist der Weg zur eigenen Entwicklung und Fertigung beschritten worden. 100 000 — 120 000 westdeutsche Arbeitnehmer sind für die Rüstung beschäftigt. Dem entspricht ein Umsatz von ca. 4 Milliarden DM; davon entfallen auf die Luftfahrtindustrie fast 1 Milliarde und allein auf den Rhein Stahl-Konzern 320 Millionen DM. Zwei Drittel der Munition, der größere Teil der Handfeuerwaffen und der Artillerie, ein Großteil der Flugzeuge, fast alle neubeschafften Abwehraketen, Panzer und sonstigen Fahrzeuge und so gut wie alle Schiffsneubauten für die Bundeswehr wurden in letzter Zeit im Inland hergestellt. Die westdeutsche Rüstungswirtschaft hat auch exportiert, z. B. U-Boote und Panzerabwehraketen.

Entgegen den Beteuerungen der Unternehmerverbände ist Rüstung nach wie vor ein profitables Geschäft. Aus Geheimhaltungsgründen werden gerade die größten Aufträge nur beschränkt ausgeschrieben oder von vornherein frei vergeben; Aufträge, bei denen hohe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung berechnet werden können. Sie kommen fast durchweg großen Konzernen zugute, die bei ihrem breiten Produktionsprogramm die Forschungs- und Entwicklungserfahrungen am besten verwerten und am wenigsten unter Preisdruck gesetzt werden können. Die dem Flick-Konzern angehörende Firma Krauss-Maffei z. B. kassiert als Generalauftragnehmer des Leopard-Panzerprogramms allein für das Management 50 Millionen DM. Die Aktionäre erhielten für 1966 pro 100-DM-Aktie 45 DM Dividende. Ein Überblick ergibt, daß sowohl bei den Profiten wie bei Dividenden die rüstungseingetragten Konzerne vorne liegen. Die kleineren Untertierlieferanten, die voll dem Ausschreibungswettbewerb unterliegen, haben dagegen wesentlich geringere Profitmöglichkeiten.

Die eigentlichen Leidtragenden der Hochrüstung aber sind die Arbeitnehmer, die, soweit sie für die Rüstung arbeiten, das mittelbare und unmittelbare Repressionswerkzeug des kapitalistischen Systems produzieren und denen Mittel und Möglichkeiten für ihre Emanzipation und ein besseres Leben entzogen werden.

Dr. H. J. Hauf

Sowjetischer Besuch beim DGB

**Die Beziehungen sollen ausgebaut werden
Auf dem Wege zu normalen Ostkontakten**

Die erste sowjetische Gewerkschaftsdelegation, die als Gast des DGB in der Bundesrepublik weilte, bereiste in der Zeit vom 5. bis zum 17. Juni 1967 die Bundesrepublik. Die achtköpfige sowjetische Delegation wurde vom Sekretär des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, W. I. Prochorow, geleitet. Ihr gehörten der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, W. G. Archipow, Vertreter der Gewerkschaften für Maschinenbau, Eisenbahn und Metallindustrie, der Leiter der Abteilung für internationale Arbeit, A. P. Tokarski, und der Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Trud“, Grigorjan, an.

In Begleitung der Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes Waldemar Reuter und Günter Stephan besuchte die Delegation u. a. die Westfalenhütte in Dortmund, die Eröffnung der Ruhrfestspiele, die Hansestadt Hamburg und die Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“, das Volkswagenwerk, den DGB Bayern, die Bank für Gemeinwirtschaft in Frankfurt und die Bayer-Werke in Leverkusen. Darüber hinaus fanden zahlreiche Empfänge bei den Landesbezirken des DGB, den Vorständen von Industriegewerkschaften sowie beim Bundesarbeitsministerium und bei der Botschaft der UdSSR statt. Zu Beginn und nach Beendigung der 12-tägigen Reise hatten die sowjetischen Gewerkschafter längere Unterredungen mit dem Bundesvorstand des DGB.

In diesen Gesprächen haben — wie gut informierte Kreise in Düsseldorf zu verstehen gaben — beide Seiten sehr offen ihre Standpunkte zu Fragen der internationalen und der Deutschlandpolitik dargelegt. Diese Standpunkte seien in manchen Fragen sehr unterschiedlich gewesen. Teilnehmer waren jedoch überrascht, daß in wichtigen Fragen der Beurteilung internationaler Konflikte und internationaler gewerkschaftlicher Aufgaben sowie bei der Darstellung der gewerkschaftlichen Zielsetzungen beide Seiten stark übereinstimmten. Vor allem habe das tolerante Klima überrascht, das diese ersten offiziellen Gespräche zwischen sowjetischen und DGB-Gewerkschaften auszeichnete. In diesen Gesprächen stellte sich der DGB seinen sowjetischen Gästen als ein Partner dar, der neben der Vertretung sozialer und wirtschaftlicher Interessen der Arbeitnehmer vor allem um die Sicherung des Friedens in Europa, die Erhaltung und Ausweitung der Demokratie in der Bundesrepublik und um die Beseitigung internationaler Krisen und Konflikte bemüht ist.

Als erstes Ergebnis dieses sowjetischen Besuches, der eine Erwiderung auf einen DGB-Besuch im November 1966 in der Sowjetunion darstellt, ist jetzt offenbar mit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Gewerkschaftsverbänden zu rechnen. Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg informierte die Öffentlich-

keit am 16. Juni auf einer Pressekonferenz darüber, daß der DGB höchstwahrscheinlich die Einladungen zur Teilnahme an den Feiern zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution und zum 14. Kongreß der Sowjetgewerkschaften im Dezember 1967 annehmen werde. (Über diese Einladungen wird der Bundesvorstand noch beraten.)

Auf der Pressekonferenz sprach die sowjetische Delegation dem DGB ihren Dank dafür aus, daß er keine Mühe gescheut habe, die Wünsche der Gäste zu befriedigen. Prochorow betonte, der Empfang der Delegation sei allerorts sehr freundschaftlich gewesen, und er vertrat die Ansicht, daß die vielen Diskussionen dazu beigetragen haben, das Verständnis für die unterschiedliche Rolle und Funktion der Gewerkschaften in den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen sichtbar zu machen. Die Gewerkschaften der UdSSR verstünden sich als Teilhaber an der Macht der Arbeiterklasse. Darum seien die Ziele von Gewerkschaften und Regierung im Grundsatz gleich und die darauf basierende Zusammenarbeit gewährleiste den sozialen Fortschritt und die kontinuierliche Entwicklung der Sowjetunion.

Trotz dieses Unterschiedes, so betonte Prochorow, gebe es gemeinsame Interessen und gemeinsame Aufgaben. Zu diesen Aufgaben rechne er vor allem die Festigung des Friedens in der Welt, die Verbesserung des Lebensstandards und die Schaffung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Auf Fragen von Journalisten bestätigte der sowjetische Vertreter, daß es mit dem DGB keine Einigkeit in der Beurteilung des Konfliktes im Nahen Osten gebe. Er betonte aber zugleich: Bei der Beurteilung der Situation in Griechenland und des Krieges in Vietnam sei man dagegen weitgehend gleicher Ansicht. Überdies sei es nicht das Ziel des sowjetischen Besuches gewesen, Meinungsverschiedenheiten aufzuspüren, sondern das einander Verbindende zu suchen.

Auch in der Deutschlandfrage hat dieser Meinungsaustausch noch nicht zu einer Übereinstimmung geführt, denn Prochorow hob hervor: Wer den Frieden in Europa festigen wolle, der müsse vor allem die Grenzen aner-

kennen, die heute in Europa bestehen. Die sowjetische Delegation teile daher die vielfach gehörte Meinung, daß Kontakte zu den Gewerkschaften aller sozialistischer Länder in Europa nützlich seien. Die sowjetischen Gewerkschaften hätten schon brüderliche Beziehungen zum FDGB und seien der Hoffnung, daß ähnliche freundschaftliche Beziehungen zum DGB möglich seien.

Der sowjetische Delegationsleiter gab bekannt, daß Delegationen aus dem Bereich der OTV, der IG Chemie und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in nächster Zeit die Sowjetunion besuchen würden.

Die sowjetische Delegation hat dem Bundesvorstand des DGB Vorschläge unterbreitet, auf welche Weise und mit welchen konkreten Zielsetzungen

bis 17 Mill. t; 1967 würden voraussichtlich 600 Mill. t Kohle gefördert. Die Kohle habe also einen sicheren Platz in der Energiewirtschaft, obwohl ihr Anteil in der Energiebilanz zurückgeht, weil sich andere Energieträger schneller entwickelten. Die Sowjetunion betreibe jedoch eine planmäßige Entwicklung der verschiedenen Sparten der Energieerzeugung, wodurch eine Kohlenkrise unmöglich gemacht werde.

Die Düsseldorfer Pressekonferenz des DGB vermittelte den Eindruck einer erfreulichen Normalisierung der Beziehungen zwischen dem DGB und den Sowjetgewerkschaften. Die DGB-Vertreter respektierten die Meinung der sowjetischen Delegation, auch wenn sie nicht immer dem eigenen Standpunkt entsprach; sie zeigten sich bestrebt, die andere Seite zu verstehen und umgekehrt.

Die Ära der Anti-Kontakt-Beschlüsse ist offenkundig vorbei. Die Zeit des Miteinander-Redens und der Verständigung zwischen den Gewerkschaften in Ost und West ist angebrochen. Es wird jetzt Aufgabe aller Gewerkschaften sein, die gebotenen Möglichkeiten zur Verstärkung der Kontakte und damit zu einem intensiveren Kennenlernen der gegenseitigen Probleme wirksam zu nutzen.

Diese Entwicklung in den gewerkschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion sollte letztlich auch eine Neubewertung im Verhältnis zu den Gewerkschaften der DDR möglich machen. Der Abbau des Denkens in den Bahnen des kalten Krieges, der in der Normalisierung der gewerkschaftlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern seinen Ausdruck findet, wäre nur unvollständig und halbherzig, wenn nicht ebenfalls eine Veränderung in den Beziehungen zum FDGB angestrebt wird.

Heinz Czymek

OTV intensiviert ihre Ostbeziehungen

Am 15. Juni reist eine achtköpfige Delegation der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr unter Leitung des Vorsitzenden Heinz Kluncker für zehn Tage nach Ungarn zu Gesprächen mit den dortigen Gewerkschaften. Wie die OTV-Gewerkschaft erklärt, will sie die angeknüpften Verbindungen zu Gewerkschaftsorganisationen in den sozialistischen Ländern konsequent vertiefen. Mit zwei polnischen Gewerkschaftsorganisationen wurden ebenfalls Kontakte hergestellt, mit bulgarischen Gewerkschaften werden sie vorbereitet. Eine OTV-Abordnung wird noch in diesem Jahr in die Sowjetunion und nach Polen reisen.

Zum erstenmal werden in diesem Jahr tschechoslowakische und jugoslawische Gewerkschafter an dem Internationalen Seminar der Gewerkschaft OTV teilnehmen, das vom 19. Juni bis 1. Juli

1967 in der Michael-Rott-Schule in Mosbach stattfindet. Mit sowjetischen Gewerkschaften hat die OTV-Gewerkschaft vereinbart, spätestens ab 1968 jährlich ein gemeinsames Seminar zu veranstalten, das abwechselnd in der Bundesrepublik und in der Sowjetunion stattfindet.

IG Chemie-Delegation besuchte CSSR

Eine Abordnung des Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik besuchte in der Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli die Tschechoslowakei. Die Delegation führte in Prag mit dem Vorstand der tschechoslowakischen Chemie-Gewerkschaft Gespräche über die Gestaltung der künftigen Beziehungen und besichtigte an verschiedenen Orten Betriebe und Sozialeinrichtungen. Der Delegation gehörten der Vorsitzende Gefeller, sein Stellvertreter Küpper und das Vorstandsmitglied Vitt an.

Forderungen des Mietertages

Von seinem diesjährigen Mietertag in Hannover richtete der Mieterbund folgende Forderungen an Bundesregierung und Bundestag:

1. Kündigungsschutz für alle vertrags-treuen Mieter. Der Mieterbund begründet das mit der im Grundgesetz verankerten „Sozialpflichtigkeit“ des Eigentums und bezeichnet die von der Bundesregierung beschlossene Neufassung der sogenannten Sozialklausel als nicht ausreichend.
2. Wiederherstellung des Vertretungsrechtes der Mietervereine vor den Gerichten, da Rechtsanwälte vielfach wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder ihrer Bindungen zu Hauseigentümern eine Vertretung der Mieter vor Gericht ablehnen.
3. Verstärkte Fortführung des sozialen Mietwohnungsbaus, da 75 Prozent der Wohnwünsche auf eine Mietwohnung gerichtet sind und die Kostenmieten im Wohnungsbau von über 70 Prozent der Bevölkerung kaum bezahlt werden können.
4. Stopp der Überführung der restlichen schwarzen in weiße Kreise solange, bis durch eine totale Wohnungszählung der genaue Umfang der noch bestehenden Wohnungsnot erfaßt und diese beseitigt ist.
5. Die Bundesregierung soll dafür sorgen, daß die Mietschraube nicht überdreht wird und auf dem Mietpreissektor eine Beruhigung eintritt.

Diese Forderungen bewegen sich offensichtlich in einem sehr bescheidenen Rahmen. Umso zwingender wird man sie in Bonn zur Kenntnis nehmen müssen.

-le

NACHRICHTEN

für den

aktiven Gewerkschafter

eine Erweiterung der gegenseitigen Kontakte vorgenommen werden soll. Danach sollen Themen wie Arbeitssicherheit, Automation, berufliche Weiterbildung, Mitbestimmung und soziale Selbstverwaltung vorrangig behandelt werden. Darüber hinaus seien der Austausch von Arbeitern der Laienkünstler und von Arbeiterkulturgruppen anzustreben.

Die sowjetische Delegation war der Meinung, daß die Kontakte auf alle Ebenen ausgedehnt werden sollten. Dieses gelte nicht nur für die verschiedenen Industriegewerkschaften, sondern auch für Kontakte auf Betriebsebene.

Für den aufrichtigen Willen beider Seiten, die bilateralen Beziehungen zu verbessern, zeugte der weitere Verlauf der Pressekonferenz. Fragen von Journalisten, die eine Diskussion über die Meinungsverschiedenheiten anstrebten, wurden mit Geschick pariert. Selbst solche Fragen, die eine Beurteilung der sozialen Verhältnisse der Arbeiter in beiden Ländern durch die Gäste zum Ziel hatten, wurden keineswegs zur Polemik genutzt, sondern differenziert beantwortet.

Ein Pressevertreter warf die Frage auf, ob nicht auch in der Sowjetunion das Öl der Kohle einen harten Konkurrenzkampf liefere. Darauf antwortete der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, von einem Verdrängungswettbewerb könne keine Rede sein. Die Sowjetunion steigere ihre Kohleproduktion jährlich um etwa 15

Jetzt sollen auch die Rentner „opfern“

Gewerkschaften müssen sich schützend vor Rentner stellen Verstärkte Angriffe auf die Rentenversicherung

Als Erfolg der „sozial eingestellten Kräfte“ in der Großen Koalition wurde allgemein gewertet, daß bei der ersten Lesung des Bundeshaushaltes 1967 die vom Kabinett vorgesehene Kürzung der Bundeszuschüsse zu den Ausgaben der Rentenversicherung um 200 Millionen DM abgelehnt wurde. Was die praktische Auswirkung dieser Mehrheitsentscheidung des Bundestages betrifft, deren Bestätigung in der zweiten und dritten Lesung des Bundeshaushaltes noch aussteht, ist das ein sehr zweifelhafter Erfolg.

Erstens sind auch dann noch die Ersatzleistungen des Bundes an die Rentenversicherung um annähernd 400 Millionen DM gekürzt. Zweitens aber werden auch die 200 Millionen DM, um die die Mehrheit des Bundestages die Kürzung der Bundeszuschüsse rückgängig gemacht hat, nicht etwa an die Träger der Rentenversicherung ausgezahlt. Um diesen Betrag wird lediglich die Bundesschuldverschreibung erhöht, die den Rentenversicherungen anstelle von Bargeld aufgezogen wird: in diesem Jahr 1,45 Milliarden DM, insgesamt mehr als 1,8 Milliarden DM.

Solange die SPD in Opposition war, hat sie diese zwangsweise Heranziehung der Rentenversicherungsgelder zum Ausgleich der Bundeshaushalte stets heftig kritisiert. Unter ihrer Regierungsmitverantwortung aber werden der Rentenversicherung in diesem Jahr fast 150 Prozent mehr Mittel entzogen als im vorigen Jahr, in dem die Schuldverschreibungen 750 Millionen DM ausmachten.

Bundesfinanzminister Strauß hat bereits — wieder einmal „außerhalb der Legalität“ handelnd — die Zuschüsse an die Träger der Rentenversicherung für die Monate Juni und Juli um die Hälfte gekürzt, obwohl die gesetzliche Grundlage dafür, die endgültige Verabschiedung des Bundeshaushaltes durch den Bundestag, noch gar nicht gegeben war. Für die zwei Monate ergibt das einen Einnahmeausfall von 572 Millionen DM. Die Versicherungsanstalten haben gegen diese selbstherrliche Maßnahme des Finanzministers protestiert. Doch auch SPD-Wirtschaftsminister Schiller hat — wie es heißt — die ungesetzliche Anordnung von Strauß gebilligt.

Dabei wäre in diesem Jahr eine wesentliche Erhöhung der Ersatzleistungen zur Rentenversicherung notwendig, um den infolge der Konjunkturabschwächung, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau eingetretenen Ausfall an Beitragseinnahmen auszugleichen. Nach der Reichsversicherungsordnung ist der Bund dazu auch verpflichtet. Wie der Verband der Rentenversicherungsträger bekanntgegeben hat, sind die Beitragseinnahmen in der Rentenversicherung der Arbeit-

ter in den ersten vier Monaten des Jahres erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Mindereinnahmen betragen 4,4 Prozent gegenüber den Haushaltsvoranschlägen und werden, wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, im ganzen Jahr rund 660 Millionen DM ausmachen.

Durch die Kürzung der Bundeszuschüsse sind die Versicherungsanstalten bereits in Liquiditätsschwierigkeiten geraten und gezwungen, Wertpapiere ihrer Reservefonds zu verkaufen. Das aber kann bei den augenblicklichen Kursen auf dem Wertpapiermarkt nur mit Verlust geschehen, zumal der Markt durch diese Verkäufe zusätzlich ungünstig beeinflusst wird.

Die in Bonn mit Unterstützung der SPD-Minister regierende CDU/CSU denkt jedoch nicht daran, der Rentenversicherung und den Rentnern zu helfen. Im Gegenteil: Die Verpflichtungen des Bundes gegenüber der Rentenversicherung sollen noch weiter abgebaut werden. So ist aus den Beratungen des Finanzkabinetts, dem auch die beiden SPD-Minister Schiller und Schmid angehören, bekannt geworden, daß im Rahmen der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung der Haushalte bis 1971 eine Anpassung der Sozialrenten nur noch an die Netto- statt an die Bruttoverdienste erwogen wird. Das entspricht einer immer wieder mit Nachdruck vertretenen Forderung der Bundesvereinigungen der Arbeitgeberverbände. Ihre Verwirklichung würde bedeuten, wie der DGB festgestellt hat, daß dann zu Beginn des kommenden Jahres die Renten nicht um 8,1 Prozent, sondern nur um 1 bis 2 Prozent erhöht werden.

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ist auch beabsichtigt, die Sozialrenten künftig zu besteuern, soweit sie mehr als 400 DM monatlich betragen. Diese Forderung wurde bereits von den CDU-Bundestagsabgeordneten Stingl und Mikat, von letzterem sogar im Funktionärorgan des DGB, „Quelle“ (Mai 1967) öffentlich erhoben. Aber auch mit eigener Beitragszahlung zur Krankenversicherung sollen die Rentner, wenn es nach dem Willen nicht nur von CDU/CSU-Poli-

tikern, sondern auch des SPD-Bundestagsabgeordneten Killat geht, belastet werden.

Die Erhebung von Steuern und Krankenversicherungsbeiträgen von den Sozialrenten käme einer direkten und doppelten Rentenkürzung gleich. Und das, obwohl das Ziel der 1957 durchgeführten Rentenreform bei weitem nicht erreicht ist und die Renten heute noch nach einem vollen Arbeitsleben weniger als 50 Prozent des Arbeitsverdienstes betragen. Nach einer von der Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz veröffentlichten Statistik betrugen von den im Jahre 1965 neu festgestellten Renten für Männer 67,1 Prozent nur bis zu 400 DM, von den Versicherungsrenten für Frauen 64,2 Prozent sogar nur bis zu 100 DM und von den Witwenrenten 59 Prozent nur bis zu 200 DM im Monat!

Jede Rentenminderung und Einschränkung künftiger Rentenanpassungen ist aber konjunkturpolitisch unvernünftig, weil nur durch die wirksame Hebung der Massenkaufkraft eine Überwindung des anhaltenden Konjunkturtiefs erreicht werden kann. In der „Welt der Arbeit“, der „Quelle“ und den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ hat Dr. Ehrenberg als eine Maßnahme zur Belebung der Konjunktur vorgeschlagen, die 1958 ausgesetzte Rentenanpassung nachzuholen und der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Sperner, hat vorgeschlagen, die am 1. Januar 1968 fällige Rentenanpassung schon zum 1. Juli dieses Jahres vorzuziehen.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge wäre ohne weiteres bei dem Vermögensstand der Rentenversicherung (27,6 Milliarden DM am Ende 1966) möglich, wenn die Bundesregierung ihren Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung uneingeschränkt nachkäme und Gelder der Rentenversicherung nicht zum Ausgleich des Bundeshaushaltes in Anspruch nehmen würde.

In Bonn genießen eben auch in der von SPD-Ministern und -Abgeordneten mitgetragenen Koalition die „Gewinnerwartungen“ der Großunternehmer und der Rüstungsetat absolute Priorität vor den berechtigten sozialen Erwartungen und Forderungen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentner. Ein Vergleich der jetzt veröffentlichten Einzeletats für das Jahr 1967 zeigt das sehr deutlich. Der Etat des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung beträgt nur etwas mehr als 14,5 Milliarden DM. Zwar wurde er gegenüber dem Vorjahr um 821,1 Millionen DM erhöht. Doch ist diese Erhöhung nur fiktiv, da ja 1,45 Milliarden DM an die Rentenversicherung gar nicht ausgezahlt werden. Der direkte Rüstungsetat wurde dagegen um 1,23 Milliarden DM auf fast 19,6 Milliarden DM erhöht!

A. Böpple

Blick in die Welt

Opel stürkt US-Konzern

Angesichts der Tatsache, daß die Belegschaft der Adam Opel A.G., Rüsselsheim zu einer weiteren Feierschicht gezwungen wird und damit eine erhebliche Einkommenseinbuße hinnehmen muß, ist folgender Bericht über den US-amerikanischen General-Motors-Konzern nicht nur von höchster Aktualität, sondern auch bezeichnend für den sozialen Interessenkonflikt zwischen Arbeiterklasse und Großkapital:

Der Welt größter Automobil-Konzern, General Motors, hat nach eigenem Urteil 1966 in Umsatz und Gewinn das beste Ergebnis seiner wechselvollen Geschichte erreichen können. Eine Ausnahme bildet hiervon nur das Jahr 1965 — ein Jahr, in dessen ersten Monaten der Absatz durch den vorangegangenen Streik der Automobilarbeiter im Jahre 1964 über die normale Nachfrage hinaus angeregt worden ist. Die vom GM-Konzern vorgelegten Zahlen zeigen einen allgemein aufstrebenden Geschäftsgang.

Von 1964 bis 1966 erhöhten sich die Netto-Verkaufserlöse von 16 997 auf 20 206 Mio. Dollar (über 80 Milliarden DM). General Motors verweist dabei mit kaum verhohlenen Stolz auf die Tatsache, daß militärische Aufträge nur eingängig an der Zunahme des Umsatzvolumens beteiligt gewesen sind.

General Motors hat im letzten Jahr insgesamt 6 717 000 Fahrzeuge hergestellt. Es entfielen davon 5 195 000 Ein-

heiten auf die US-Produktion. 1 166 000 Fahrzeuge wurden in überseeischen Tochtergesellschaften und 356 000 Automobile in Kanada produziert. Daneben erhöhte sich der Umsatz von GM-Erzeugnissen aus anderen Fertigungsbereichen, die nahezu das komplette Herstellungsprogramm einer modernen Industriewirtschaft umfassen.

Einen wesentlichen Beitrag zum Konzernerfolg leisteten 1966 die überseeischen GM-Töchter. Mit 2871 Mio. Dollar meldeten sie einen neuen Umsatzrekord. Ihre Verkäufe lagen um vier Prozent über dem Ergebnis von 1965. Die Fabrikverkäufe erhöhten sich mit 1 166 000 in Übersee hergestellten Fahrzeugen und den 101 000 exportierten nordamerikanischen Typen auf insgesamt 1 267 000 Einheiten. An diesem guten Verkaufsergebnis war in erster Linie die Adam Opel A.G. beteiligt. Auf sie entfiel allein ein Umsatzanteil von 653 421 Fahrzeugen. Das Rüsselsheimer Werk ist damit der wichtigste GM-Stützpunkt auf dem alten Kontinent und außerhalb der USA geblieben. Opel-Erzeugnisse werden heute in mehr als 130 Ländern verkauft. ts.

Internationale Berufskonferenz in Budapest

Die IV. Internationale Berufskonferenz der Gewerkschaften der Werktätigen des öffentlichen Dienstes findet 1968 in Budapest statt. Die Einladung erging von den entsprechenden ungarischen Gewerkschaften. Den Beschluß dazu faßte das Administrativkomitee der IVG Öffentliche Dienste im WGB schon auf seiner 14. Tagung vom 1. bis 4. November 1966 in Wien. Zur Vorbereitung der wichtigsten Dokumente

und eines Statutenentwurfs beschloß das Administrativkomitee, einen Arbeitsausschuß zu bilden, der im Laufe des Jahres 1967 zusammentreten soll. Die Berufskonferenz 1968 in Ungarn soll universellen Charakter haben. Einbezogen werden nicht nur die dem WGB angehörenden Gewerkschaften der öffentlichen Dienste, sondern alle entsprechenden Gewerkschaften, ungeachtet ihrer nationalen Zugehörigkeit und unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu anderen internationalen Gewerkschaftsverbänden.

Diskutiert werden sollen die neuen Aufgaben der IVG Öffentliche Dienste im WGB, die gemeinsamen beruflichen Gesichtspunkte aller dieser Gewerkschaften in allen Ländern und Verbänden sowie die allgemeine Entwicklung der Lage der Werktätigen im Lichte der Erfahrungen der letzten Jahre. Wegweisend werden dabei die Perspektiven allgemeiner internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit sein, die auf dem VI. WGB-Kongreß im Oktober 1965 in Warschau entwickelt worden sind.

Das Statut der IVG Öffentliche Dienste, das auf der I. Internationalen Berufskonferenz 1955 beschlossen worden war, soll den neuen Arbeitsbedingungen angepaßt werden.

Belgische Arbeiter besetzen Betriebe

In einigen Branchen der belgischen Industrie herrschen stärkste soziale Spannungen. So haben am 20. Juni im Zentrum der Textilindustrie, in Gent, mehr als 20 000 Arbeiter und Angestellte gegen den Niedergang dieses Wirtschaftszweiges protestiert und die Sicherung ihrer Arbeitsplätze gegen wachsende ausländische Konkurrenz verlangt. In diesem Gebiet haben seit Kriegsende 62 Textilbetriebe mit 15 000 Arbeitnehmern schließen müssen.

In Burcht haben die Arbeiter eines Aluminiumwalzwerkes, das aus Rationalisierungsgründen stillgelegt werden sollte, kurzerhand den Betrieb besetzt und die Sicherung ihrer Zukunft gefordert. In gleicher Weise reagierten die Beschäftigten eines Werkes für Eisenbahnmateriale in La Luvrière, die wegen geplanter Betriebsschließung ihre Kündigung erhalten hatten. Nach der Betriebsbesetzung im Mai hat jetzt die Regierung zusammen mit dem Verband der Metallindustrie die Lohnfortzahlung garantiert und die Verpflichtung übernommen, die Gekündigten binnen eines Jahres anderweitig unterzubringen.

Im Verlaufe dieser Kämpfe in Belgien, die zumeist von den verschiedenen Richtungsgewerkschaften gemeinsam geleitet werden, haben die Gewerkschaften verlangt, daß der Staat dort, wo er finanzielle Subventionen und Hilfen an die Unternehmen zahlt, ein wirksames Kontrollrecht bekommt. Gleichzeitig müsse auch den Gewerkschaften eine echte Mitbestimmung zugestanden werden. -chy

Kriegsopferrenten weiterhin gefährdet

Wer geglaubt hatte, daß die sozialreaktionären Kräfte in der Bundesregierung ihren Plan, auch die Kriegsopferrenten abzubauen, nach dem Mißerfolg, der dem ersten Angriff des Finanzministers Franz Josef Strauß im Januar dieses Jahres beschieden war, aufgeben würden, sieht sich nun eines Schlechteren belehrt. Damals forderte Strauß die völlige Streichung der Renten für die 730 000 Kriegsbeschädigten mit 30 und 40 Prozent Erwerbsminderung (s. NA 2/1967). Sekundiert wurde Strauß bei seinem Angriff auf die Renten der Hälfte aller Kriegsbeschädigten von dem Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Barzel, der triumphierend verkündete: „Jetzt werden heilige Kühe geschlachtet.“ Da meinte er natürlich nicht die für Bonn in der Tat „heiligen Kühe“ des Rüstungsetats, sondern den Sozialetat.

Unter dem Eindruck der sofortigen heftigen Proteste der 2,8 Millionen Kriegsopfer der Bundesrepublik und ihrer Verbände folgte das Kabinett

Kiesinger im Januar dem Angriff von Strauß und Barzel auf diese Renten nicht. Jetzt aber wird im Finanzkabinett darüber beraten, bei der mittelfristigen Finanzplanung auch die Leistungen der Kriegsopferversorgung abzubauen. Es sollen entweder auch die Grundrenten, wie schon die Ausgleichsrenten, bis „zu einem gewissen Grade“ nach dem Bedürftigkeitsprinzip ausbezahlt oder vorübergehend ausgesetzt oder sogar ganz abgeschafft werden.

Die Kriegsopfer und ihre Verbände haben also keine Veranlassung, beruhigt zu sein. Aber der Angriff auf das soziale Recht der Kriegsopfer geht nicht nur diese an. Sollten doch auch mit dem ersten Gesetzentwurf zur Reform der Unfallversicherung die Renten für alle Unfallverletzten mit weniger als 50 Prozent Erwerbsminderung gestrichen werden. Wird der Angriff auf die Kriegsopferrenten nicht gestoppt, folgen weitere Verschlechterungen auch auf anderen Gebieten. A. B

■ 12. bis 14. Juli

X. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock.

■ 31. August

Tarifverträge für über 200 000 Beschäftigte im graphischen Gewerbe kündbar.

■ 31. August — 1. September

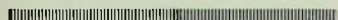
Frauenkonferenz der IG Metall in Braunschweig.

■ 30.—31. Oktober

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik zu Satzungsfragen in Hannover.

■ Herbst (noch ohne Termin)

Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung.



Marxismus

in der Bundesrepublik 1967

In dem Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main — W 13, Kurfürstenstraße 8, ist dieser Tage ein Sonderheft mit Beiträgen von der internationalen wissenschaftlichen Tagung über „Die Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus“ erschienen. Unter anderem sind die Vorträge von Prof. Maurice Dobb, Cambridge, über Produktionsverhältnisse und Wirtschaftswachstum, Prof. Hess, Berlin, über Monopole, Staat und das Problem des Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus sowie von Dr. Heinz Schäfer, Darmstadt, Staatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik und Alternativen der Arbeiterbewegung, in die Sonderausgabe aufgenommen und dazu weitere 30 Beiträge von Teilnehmern der Tagung aus dem In- und Ausland. Das Heft hat 160 Seiten und kostet 3,30 DM plus Zustellporto. Wer sich über die Vorstellung der Marxisten im Spätkapitalismus orientieren will — und das sollte jeder tun —, dem kann dieses Sonderheft der Marxistischen Blätter empfohlen werden.

Zu guter Letzt:

„Nur ein Narr oder ein verbrecherische Demagoge kann Versprechungen machen, daß wieder einmal ein Deutsches Reich entstehen werde, in dessen Grenzen die Schlesier in ihre alten Wohnorte zurückkehren könnten.“ Das ist zwar kein elegantes Deutsch, aber zweifellos ein Satz, der von politischer Klarsicht zeugt. Aber wer wird schon vermuten, daß er ausgerechnet von Franz-Josef Strauß stammt?

Tauziehen um das GBAG-Aktienpaket

Das wochenlange Tauziehen, das teils vor, teils hinter den Kulissen um das GBAG-Aktienpaket stattfand, ist noch immer nicht entschieden. Nach wie vor besteht die Gefahr, daß die beiden Großbanken, Dresdner Bank und Deutsche Bank, ihre GBAG-Anteile an einen amerikanischen Ölkonzern verkaufen und daß mit der Gelsenkirchener Bergwerks AG das größte und wichtigste Unternehmen der westdeutschen Energiewirtschaft unter ausländische Kontrolle gerät.

Schon seit längerer Zeit ist bekannt, daß die Dresdner Bank und die Deutsche Bank das in ihren Händen befindliche GBAG-Aktienpaket verkaufen wollen. Auf der letzten Hauptversammlung des Unternehmens vertraten beide Banken zusammen 265,9 Millionen DM des insgesamt 485 Millionen DM umfassenden Grundkapitals der Gelsenkirchener Bergwerks AG. Davon entfielen 31 Prozent auf die Dresdner Bank und 8 Prozent auf die Deutsche Bank.

Erst als immer offensichtlicher wurde, daß an der Börse ein Wettlauf nach GBAG-Aktien einsetzte — so wurden in einer einzigen Woche Umsätze in einer Höhe von fast 4 Millionen DM Nennwert erreicht — und daß ausländische Interessenten, man spricht hier von den Konzernen Taxaco, Gulf-Oil und Conoco, das GBAG-Aktienpaket erwerben wollten, schaltete sich die Bundesregierung in das Tauziehen zwischen den verschiedenen Bank- und Konzerngruppen ein. Dies geschah jedoch weniger aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, als vielmehr mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die einen weiteren Ausverkauf der westdeutschen Wirtschaft befürchtete. Obwohl SPD-Fraktionsvorsitzender Schmidt erklärt hatte, die Dresdner Bank lasse sich ohne Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft ausschließlich von ihrem Gewinninteresse leiten und habe der Bundesregierung in „ultimativer Form“ die GBAG-Aktien zum Kurs von 191 angeboten, kam es bei den Gesprächen im Kabinett, an denen auch Bankier Abs teilnahm, zu keinen klaren Entscheidungen. Es wurde weder erwogen, auf die Geschäftspolitik ausländischer Konzerne Einfluß zu nehmen, noch den Methoden der Großbanken einen Riegel vorzuschieben. Man kam lediglich überein, an die Dresdner Bank, die sich von einem Aktienpaket in Höhe von 26 Prozent des GBAG-Grundkapitals trennen will, heranzutreten, mit dem Ziel, den beabsichtigten Verkauf um zwei Monate zu verschieben.

Die Beratungen im Kabinett über das Schicksal der Gelsenkirchener Bergwerks AG brachten nur insofern ein überraschendes Ergebnis, als es ausgerechnet Bundeschatzminister Schmücker war, der sich für eine „rationale Lösung“ einsetzte, während der Sozialdemokrat Prof. Schiller erklärte, er sei im Prinzip für eine ungehinderte Kapitalausfuhr der Bundesrepublik. Das offensichtliche Bemühen der Bundesregierung, in der Frage der GBAG

einer klaren Entscheidung auszuweichen, ist — schlicht gesagt — einfach unverständlich. Das Unternehmen hatte 1966 einen Fremdotsatz von 2,72 Milliarden DM. Es ist das größte noch im privaten inländischen Kapitalbesitz befindliche Unternehmen der Energiewirtschaft und verfügt über Bergbau-gesellschaften mit Kraftwerken und einem ungewöhnlich großen Grundbesitz, über Beteiligungen an den Erdölvorkommen in Libyen, über einen Anteil von 28 Prozent an der Aral AG, über ausgedehnte Raffineriekapazitäten mit nachgeschalteten petrochemischen Anlagen, über die Handelsgesellschaft Raab Karcher mit einem Drittel Anteil am GBAG-Umsatz und über eine Reihe sonstiger Beteiligungen, darunter an der Ruhrgas AG.

Damit ist die GBAG selbst für große ausländische Ölkonzerne ein „fetter Happen“, den sie schlucken möchten, um die westdeutsche Mineralölwirtschaft endgültig unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Folgen davon auf das Preisgefüge bei Heizölen, Dieselkraftstoffen, Benzin und Erzeugnissen der Petrochemie sowie auf die Lage des Steinkohlenbergbaus wären unabsehbar, ganz zu schweigen von den anderen volkswirtschaftlichen, aber auch politischen Auswirkungen einer wachsenden Kapitalüberfremdung.

Es liegt nun bei der westdeutschen Energiewirtschaft — und hier vor allem bei den maßgeblichen Leuten der Mineralölwirtschaft und des Bergbaus — sowie bei der IG Bergbau und Energie, in Bonn darauf hinzuwirken, daß die Bundesregierung das von den beiden Großbanken angebotene GBAG-Aktienpaket übernimmt. Dadurch würde der Bund, der außerdem noch über die Veba und den Salzgitterkonzern verfügt, eine Möglichkeit erhalten, die Entwicklung im gesamten Energiebereich besser beeinflussen zu können.

G. B.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9
Telefon 36 38 Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter:
Gerd Siebert, Hamburg
Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch
Druck: Max Kriesteller, 2 Hamburg 50,
Winterstraße 9-11
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement
4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet